

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



RUB Bochum

Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.

5203426

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 39 vom 28. September 1979

13. Jahrgang

1 DM

Produktion für die Bundeswehr

Giftgasfabrik unter Bonner Regie

Bürger gründen Notgemeinschaft

HAMBURG. — Alle Welt redet von Behördenschlamperei. Auch die bürgerliche Presse ereifert sich über den ungeheuren Munitions- und Giftgaskandal in Eidelstedt. Oberbürgermeister Klose gibt sich betroffen. Oppositionsführer Echter nach fordert Kloses Rücktritt. Doch von den Hauptverantwortlichen, die Hunderttausende jahrzehntelang der Gefahr des grausamen Giftgastodes auslieferten, redet kaum einer!

Wer hat der Todesfabrik Stoltzenberg den Auftrag gegeben, das grauenhafte Nervengas Tabun herzustellen und zu lagern? Wer hat das alles finanziert? Wer trägt die Hauptschuld daran, daß auf einem nur provisorisch verriegelten Kilo 12 Kilogramm eines Stoffes herumlagen, von dem bereits ein Kilogramm 200 000 Menschenleben vernichten kann?

Das sind zu allererst die Herren Franz Josef Strauß, Kai-Uwe von Hassel und der amtierende Bundeskanzler Schmidt, die nacheinander den Posten des Kriegsministers und obersten Befehlshabers der Bundeswehr innehatten. Daß der bereits verstorbene Dr. Stoltzenberg und sein Nachfolger Leuschner kaltblütige Verbrecher sind, steht außer jedem Zweifel. Doch wer mit ausgemachten Verbrechern, mit Kriminellen der übelsten Sorte zusammenarbeitet, ihnen ihre

Arbeit erst ermöglicht, ist um keinen Deut harmloser. Es ist längst bewiesen, daß die zuständigen Behörden schon lange um den verlotterten Zustand der Hamburger Todesfabrik gewußt haben. Es ist längst bewiesen, daß die Herren Politiker bis hinauf in die Bundesregierung über die Gefahr, in der die Hamburger Bevölkerung geschwebt hat und noch schwebt, voll im Bilde waren.

Die betroffenen Menschen sind zur Selbsthilfe geschritten. Sie haben eine Notgemeinschaft ins Leben gerufen, weil sie von den Behörden verraten und verkauft werden. Ihre vordringlichen Forderungen sind:

- Vollständige und sofortige Aufklärung über das Ausmaß der Gefährdung!
- Sofortige Organisation von Sicherheitsmaßnahmen!
- Bestrafung aller Verantwortlichen!

Die KPD/ML wird den

Kampf der Bevölkerung nach Kräften unterstützen. Die Hamburger Genossen fordern unter anderem:

- Zügige Ermittlung und strengste Bestrafung der Verantwortlichen der Firma sowie Beschlagnehmung des Vermögens des Firmeninhabers und der Stoltzenberg-Erben zur Entschädigung der betroffenen Bevölkerung und Finanzierung der Aufräumarbeiten;
- Amtsenthebung der verantwortlichen Senatoren und ihrer verantwortlichen Unterbeamten.

(Weitere Informationen auf Seite 9).

Schickt Solidaritätsadressen und Spenden an die Notgemeinschaft!

Notgemeinschaft
Gemeindezentrum
Ammernweg 56

Bokassa gestürzt

Die französische Armee regiert

BANGUI. — In der Nacht zum 21. September wurde der selbsternannte Kaiser von Zentralafrika, Bokassa, durch einen Putsch entmacht. Der neue Präsident, Dacko, war schon bis 1965 in diesem Amt. Bei beiden Machtwechseln, vor 14 Jahren und jetzt, stand das französische Finanzkapital im Hintergrund, wurden die Fäden in Paris gezogen.

Bokassa, dessen Krönung von Paris bezahlt wurde, war seit 14 Jahren der Garant dafür, daß die Reichtümer Zentralafrikas, vor allem Uran, zur Verfügung der französischen Monopolherren standen. Mit einer ungeheuer blutigen Diktatur, die selbst vor massenweisem Kindermord, mit französischen Waffen begangen, nicht zurückschreckte, wurde sein Regime aufrecht erhalten.

Aber eben mit diesen Kindermorden zum Beginn dieses Jahres, sank Bokassas Stern. Große illegale Demonstrationen fanden statt, auf denen immer wieder sein Rücktritt und seine Bestrafung gefordert wurden. Das Land war im Aufruhr. Deshalb ließen ihn jetzt seine Pariser Oberherren fallen.



Gorleben: Massive Proteste gab es gegen den Beginn der Tiefbohrungen, die der Auftakt zum Bau der Wiederaufbereitungsanlage sind. Fast jeden Tag waren Hunderte von AKW-Gegnern aktiv, um diese Bohrungen zu verhindern. Mehrmals gelang es, den Fortgang der Arbeiten ernsthaft zu behindern. Und dies trotz eines riesigen Polizeiaufgebots — offiziell wird der Einsatz von neun bewaffneten Hundertschaften zugegeben. Das Bohrloch wurde von der Polizei mit einer ganzen Wagenburg umzingelt. Die Tiefbohrungen werden von der Polizei generalstabsmäßig abgesichert. Das ist ein weiterer Beweis für die Absichten der Energiemonopole und ihres Staates, die Wiederaufbereitungsanlage gegen allen Widerstand, entgegen allen Versprechungen, in Gorleben zu bauen.

VW macht Vorreiter

Neue Preiserhöhungen werden vorbereitet

Jetzt erst recht: Nachschlag

BONN/WOLFSBURG. — Während Bundeskanzler Schmidt in der Öffentlichkeit versucht, es so darzustellen, als sei die Regierung gegen die ständigen Preiserhöhungen durch die Unternehmer, macht sie diese Politik in Wirklichkeit mit.

Mitte September gab der VW-Vorstandsvorsitzende Toni Schmücker im Fernsehen bekannt, er plane weitere Preiserhöhungen noch für dieses Jahr. Seine Begründung war natürlich dieselbe wie immer: die fortschreitende Kostenbelastung. Die Preiserhöhung von VW ist aus zwei Gründen eine besondere Maßnahme. Zum einen, weil der Staat Aktionär ist und die Preise mitbestimmt. So wird Schmidt also in aller Öffentlichkeit widerlegt. Zum anderen sind VW-Preise eine Art Leitpreis, an denen sich nicht nur andere Automobilfabriken, sondern ganze Teile der Wirtschaft ausrichten.

Preiserhöhungen wurden schon angekündigt für Kartoffeln, und zwar bis zu 25 Pro-

zent. Ein weiteres Mal zur Kasse bitten wollen auch die Reifenfabriken, mit Aufschlägen zwischen 3 und 7 Prozent.

Das Argument der Unternehmer, es handle sich bei der Teuerung um eine importierte Inflation, erweist sich angesichts dieser Tatsache als eine Schutzbehauptung, um Nachschlagsforderungen zu begegnen.

Währenddessen aber fordern immer mehr Belegschaften ganz genaue Summen, um ihren Lebensstandard gegen die Teuerungswelle der Unternehmer zu verteidigen. In einer Bereichsversammlung der Hoesch-Westfalenhütte wurde zum Beispiel letzte Woche eine Sonderzahlung von 400 Mark verlangt.

Immer mehr Tote im Bergbau

BOCHUM. — Aus dem Bericht der Berufsgenossenschaft des Bergbaus geht hervor, daß die Zahl der tödlichen Unfälle im Jahre 1978 gegenüber dem Vorjahr um fast ein Drittel gestiegen ist.

153 Tote waren im letzten Jahr im Bergbau zu beklagen.

Die Zahl der Unfälle, teilte die Berufsgenossenschaft weiter mit, sei um 5,5 Prozent auf rund 31 000 gefallen — eine Folge des allgemeinen Zechensterbens.

Türkischer Betriebsrat über- fallen

RÜSSELSHEIM, 23. SEPTEMBER. — Im Büro der RGO in Rüsselsheim wurde der türkische RGO-Betriebsrat von Opel, Atilla Özgüç von Faschisten überfallen und zusammengeschlagen. Dazu hatten sie eine 17köpfige Schlägertruppe gebildet, von der drei Mann in das Büro eindringen.

Die Schläger, die einer Organisation angehören, die sich Revolutionäre Kurdistan nennt, sind bekannt dafür, daß sie mit dem türkischen Geheimdienst zusammenarbeiten.

30. September in Paris

Ehrung spanischer Republikaner, die im Exil gestorben sind

PARIS/DUISBURG. — Das Republikanische Spanienkomitee teilt der Öffentlichkeit mit, daß am Sonntag, den 30. September, auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise eine Ehrung für die im Exil gestorbenen spanischen Republikaner stattfindet.

Die Ehrung wird von der Republikanischen Konvention der Völker Spaniens organisiert.

Geehrt werden die vielen spanischen Emigranten, die nach dem Sieg der Franco-Faschisten das Land verlassen mußten, den Verfolgungen der deutschen und italienischen Faschisten ausgesetzt waren, vom französischen Marionettenregime an die deutschen Faschisten ausgeliefert wurden. Geehrt werden diejenigen, die auch im Exil ihren Kampf nicht

aufgegeben haben, sich an Widerstandsgruppen beteiligt haben, die bis zu ihrem Tod verschiedene Kämpfe gegen den Franco-Faschismus blieben. Geehrt werden auch diejenigen, die im Widerstandskampf in Spanien ihr Leben verloren. Am 27.9. jährt sich zum 4. Male der Tag, an dem die letzten Erschießungen unter dem Frankismus stattfanden.

Die Konvention ruft dazu auf, diese Ehrung zu unterstützen und sich daran zu beteiligen.

Am Sonntag, den 30. September um 11 Uhr.
Haupteingang des Friedhofs Père Lachaise.

Die Ehrung findet vor dem republikanischen Ehrenmal statt.



Gestürzt: DER „KAISER“. Bokassa bei seiner pompösen Krönung, die allein 50 Millionen Mark kostete. Bezahlt von seinen Pariser Oberherren.

Kommentar



Strauß und die SPD

Die ersten Auftritte von Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidat der Unionsparteien im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf sind vorüber:

Sie waren für ihn eine Niederlage. Wo er auch hinkam, ob in Essen und Köln oder eine Woche später in Herne und Bochum, überall erntete er massiven Protest. Zehntausende waren es, die demonstrierten und protestierten, unter Losungen wie „Stoppt Strauß!“, „Strauß raus!“, die sich gegen Reaktion, Faschismus und Krieg wandten.

Strauß fiel aus der Rolle, zeigte sein wahres Gesicht. Wilde Haßtiraden, ordinäre Beschimpfungen und übelster Gassenjargon, das war sein Stil.

Er, der jede Woche im Fernsehen und der Presse lostoben darf so oft er will, er fühlte sich in seinem Rederecht gehindert. Und sofort kamen Drohungen: Dregger, sein Kandidat für den Posten des Innenministers, sprach von Toten und Verletzten, die es noch geben würde.

Tausende von Polizisten, abgesperrte Plätze, mit Bussen angekarrte CDU-Mitglieder und Leibesvisitationen sollten jeden Protest unterdrücken. Es war umsonst!

Aber genau so empört wie Strauß und seine Mannschaft gaben sich auch die SPD-Häupter. Brandt und Schmidt und wie sie alle heißen, sie versuchten alles, den Protest abzuschwächen, die Straußgegner einzuschüchtern. Solch eine Art des Protests, das nützte nur Strauß. Es sei falsch, gegen ihn aufzutreten, man müsse ihn mit Argumenten schlagen.

Nun, Argumente gegen Strauß gibt es zuhauf, wenn man nicht gerade zu den Reichen im Land gehört. Aber von der SPD hat man noch kein einziges gehört.

Ihren eigenen Mann, den

Abgeordneten Thüsing, der auf einer Anti-Strauß-Demonstration gesprochen hatte, gaben sie zum Abschuß frei. Nach dem Motto, wer zur Demonstration gegen Strauß aufruft, ist ein Chaot, ein Extremist, ein Feind der Demokratie und anderes mehr, wird dieser Herr Thüsing jetzt fertiggemacht.

Und das, obwohl er beteuerte, er hätte das alles nur gemacht, um noch Schlimmeres zu verhüten. Aber die Zeiten, wo die SPD mit „gedämpften Aktionen“ einer Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen suchte, scheinen vorbei zu sein. Heute ist für die SPD-Chefs Ruhe die erst Bürgerpflicht, vor allem, wenn Strauß spricht. Während die CDU Thüsing als Ungeheuer darstellt, schweigen die Chefs der SPD.

Was alle gemeinsam bewegt, was Dregger offen sagt und der *Bayernkurier* schreibt, was die SPD-Führung fürchtet, ist in einem Wort gesagt: Antifaschistische Volksfront!

Diese antifaschistische Volksfront fürchten sie, weil sie in der Lage sein wird, alle Kräfte gegen Strauß zu konzentrieren, um gegen einen weiteren Vormarsch der Reaktion zu kämpfen.

Diese antifaschistische Volksfront fürchten sie, weil sie dem Märchen von der „Alternativen SPD“, und sei es nur als kleineres Übel, ein Ende bereiten wird.

Diese antifaschistische Volksfront fürchten sie, weil sie heute bereits entsteht, gegen den Willen der SPD-Bonzen und ohne ihr Zutun. Deshalb bremsen die SPD, weil heute jeder Aufruf zum wirklichen Kampf gegen Strauß, gegen die Pläne des Großkapitals automatisch zu einem Aufruf für diese Volksfront wird. Denn sie wächst und erstarkt durch den Willen des Volkes. Unsere Partei wird diese Entwicklung mit allen Kräften unterstützen.

Verfassungsschutzbericht 1978

Noch mehr Schnüffler?

CDU drängt auf mehr Spitzel

BONN. — Am 17. September stellen verschiedene CDU-Abgeordnete, allen voran Alfred Dregger, möglicher Innenminister in einem Kabinett Strauß, eine große Anfrage an die Regierung. Sie wollen dadurch eine Parlamentsdebatte über den Verfassungsschutzbericht von Innenminister Baum erzwingen. Dieser Bericht, so Dregger, sei beschönigend, was die Linke betrifft und übertreibe bei den Rechten.

Während Baum versucht, die Wogen der letzten Wochen zu glätten, verlangt Dregger sogar noch eine Verschärfung der Gangart. Sicher, Baum hat an diesem Bericht, der ja nur zu Propagandazwecken dient, lange gefeilt. Denn die Empörung darüber, daß der Verfassungsschutz alles bespitzelt, was

nicht niet- und nagelfest ist, war in den letzten Wochen immer stärker geworden. Ganze Jahrgänge von Wehrpflichtigen, Betriebsräte aller Großbetriebe, Millionen von Menschen alles in allem, sind in den Datenbanken erfaßt.

Baum verteidigt sich gegen Dreggers Vorwürfe mit folgen-

den Argumenten: Erstens habe noch nie eine Regierung so viel zum Ausbau der Geheimdienste getan wie die jetzige. Das stimmt ohne Zweifel. -Zig Millionen Mark zur Anwerbung immer neuer Schnüffler wurden ausgegeben, modernstes Gerät eingekauft. Zweitens, so meint er, sei eine Differenzierung auf der Linken nötig, um die wirklich Schlimmen, die Kommunisten also, herauszufinden. Deshalb trennen sie angeblich die Beobachtung von verschiedenen Massenorganisationen von der solcher Organisationen, die kommunistisch heißen. Was hier dahinter steckt ist natürlich nichts anderes, als der Versuch, die Empörung darüber zu glätten, daß hier jeder, der aktiv ist, gleich als Kommunist verdächtigt wird. Dregger dagegen fordert genau das. Für ihn und seine Truppe sind zum Beispiel alle, die den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben verhindern wollen, linksextremistisch.

Ebenso verhält es sich auch mit dem anderen Streitpunkt, den offen faschistischen Gruppen. Baum versucht zu vertuschen, daß der Geheimdienst nur auf die Linke angesetzt wird. Dregger wiederum fordert, daß dies ganz offen geschieht. Die bewaffneten Mordbanden der Neonazis möchte er verschwiegen, revolutionäre Demonstranten dagegen grundsätzlich erkenntnisdienlich behandelt wissen.

Es ist ein Streit darum, wie man der wachsenden demokratischen Bewegung in unserem Land begegnen soll. Ob nur mit offener Drohung und Bespitzelung, mit unverholener Unterdrückung oder etwas versteckter hinter beschönigenden Worten. Dregger traf genau das Richtige, als er sagte, es bestehe die Gefahr, daß eine antifaschistische Volksfront entstehe. Eine Gefahr, wäre diese Volksfront allerdings.

Und zwar für die Unterdrückungspläne, die Baum und Dregger, mit unterschiedlichen Methoden verfolgen.



Wintershall AG zog nicht mit

Deutsche Ölpläne in USA gescheitert

Eine erneute Niederlage bei der Suche nach eigener Ölbasis

FRANKFURT. — Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt begründete der Topmanager der Wintershall AG, Wälterspiel, warum sein Unternehmen den Plan, ein Ölfeld in den USA zu kaufen, verhindert hat. Er machte die Bundesregierung dafür verantwortlich, weil sie zu wenig finanzielle Sicherheit geboten habe.

Seit einigen Wochen war in der Presse fast täglich zu lesen gewesen, jetzt würde man stark ins Ölgeschäft einsteigen. Nicht weniger als 3 Milliarden Mark sollten ausgegeben werden, um die kalifornische Belridge Oil Corporation zu übernehmen. Der Kauf sollte über die eigens für solche Operationen vor zehn Jahren gegründete Deminex stattfinden, an der neben Wintershall, eine Tochterfirma der BASF, vor allem die VEB AG (mit 54 Prozent) und die RWE-Tochter UK Wesseling beteiligt sind.

Die Bundesregierung hatte angeboten, diesen Kauf faktisch vollständig aus Steuergeldern zu bezahlen. Eigentlich also eine nahezu einmalige Gelegenheit für die im Energiegeschäft engagierten westdeut-

schen Finanzgruppen, umsonst an eine große Profitquelle heranzukommen.

Warum dann dieser Rückzug? Nun, die Regierung hat die Bedingung gestellt, die Ölversorgung müsse sicher sein. Und da kamen dann die Herren ins Schwanken. Denn es wäre keineswegs sicher gewesen, daß die dort gekauften Ölfelder auch wirklich Öl in die Bundesrepublik liefern würden. Denn zum einen sind als Aktionäre an der Belridge auch die Ölmultis Texaco und Mobil Oil beteiligt, die die Spielregeln in diesem Wirtschaftszweig bestimmen.

Zum anderen gibt es ein Ausfuhrverbot für Öl aus USA (Crude oil allocations — Zuteilungsregelungen), so daß umfangreiche Tauschgeschäfte nötig gewesen wären. Tauschge-

schäfte eben mit Ölmultis wohl-gemerkt, und an die wagen sich die westdeutschen Finanzkapitalisten nicht heran.

Daß überdies dann ausgerechnet die BASF-Tochter die Initiative übernahm, das Geschäft zu stoppen, ist kein Zufall. Denn die westdeutschen Chemiemonopole haben bisher sehr gut daran verdient, daß sie keine Konkurrenz zu den Ölmultis begonnen haben, sondern nur am Rande mitmischen. Die Wintershall etwa mit ungefähr 2 Millionen Tonnen Öl jährlich, einer für die Multis unbedeutenden Menge.

Dies war ein weiterer gescheiterter Versuch der westdeutschen Finanzgruppen, sich eine eigene Ölbasis zu sichern.

Chiles Außenminister in Bonn

BONN. — Zum Abschluß seines Besuchs in der Bundesrepublik sagte der Außenminister der chilenischen Militärdiktatur, Cubillos, er sei glücklich darüber, daß die Beziehungen zur Bundesrepublik, insbesondere die Handelsbeziehungen, gut seien.

Die Tatsache, daß die westdeutschen Monopolherren glänzende Geschäfte mit dem Regime Pinochets machen, bestätigte auch der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, von Würzen. Der Handel zwischen beiden Ländern bewege sich nach oben, die Regierung könne die Wirtschaft nicht von Geschäften abhalten.

Dieser Besuch stand im Kreuzfeuer der Kritik. Das war auch der Grund dafür, warum Cubillos kurzfristig eine Pressekonferenz absagte. Von den dort versammelten Reportern wären kritische Fragen über Folter und Mord in Chile zu erwarten gewesen. Mehrere tausend Demonstranten beteiligten sich an einem Protestmarsch gegen die diplomatische Aufwertung von Pinochets Junta.

Pferdewechsel in Afghanistan

KABUL. — Nur wenige Tage nachdem er aus Moskau zurückkehrte, verlor der afghanische Diktator Taraki die Macht.

In der sowjetischen Presse, die ihn noch bei seiner Abreise bejubelt hatte, wurde nur ein nüchternes Kommuniqué verbreitet, er sei wegen seines Gesundheitszustands zurückgetreten. Währenddessen wird im Westen darüber spekuliert, ob er von seinem Nachfolger Amin erschossen oder nur ins Gefängnis geworfen wurde.

Tatsache ist auf jeden Fall, daß Amin ein zu allem entschlossener Lakai der russischen Sozialimperialisten ist. Dieser Pferdewechsel wurde vorgenommen, um den Aufruhr im ganzen Land zu besänftigen, was aber nicht gelingen wird. Sowohl islamische Gruppierungen verschiedener Richtung, wie auch fortschrittliche Organisationen kündigten bereits die Fortsetzung des Kampfes an.

Neuseeland: Gewerkschaft ruft zum Generalstreik

WELLINGTON. — Der neuseeländische Gewerkschaftsbund FOL hat für den Donnerstag vergangener Woche einen eintägigen Generalstreik gegen die Regierung ausgerufen.

Die Regierung hatte einen Tarifvertrag der Berufskraftfahrer annulliert, der eine 11prozentige Lohnerhöhung vorsah. Die Regierung hatte verkündet, es dürfe maximal eine Erhöhung von 9,5 Prozent bezahlt werden. Dieses Vorgehen hat Signalcharakter, denn dieser Tarifvertrag der Kraftfahrer war der erste der diesjährigen Lohnrunde, in der die Regierung ihr Sparprogramm auf Kosten der Werktätigen durchsetzen will.

Aus dem Inhalt

Neuauflage der Konzentrierten Aktion	4	werkschaft: Die Rolle der IGBE-Führung beim großen Zechensterben	5
Vertrauensleute von Mannesmann Hückingen: 22% mehr Lohn notwendig	4	Bildreportage über den Strauß-Besuch im Revier ...	6/7
Opel: 300 Arbeiter werden nach Bochum verschoben ...	4	Raumfahrtkongreß München	7
Feuerwehrlaute gehen auf die Straße	4	Volkskorrespondenzen	8
90 Jahre Bergarbeiterge-		Giftgaskandal in Hamburg .	9
		Interview mit D. Agolli Teil 2	10

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Die Frauen im Landesarbeitsgericht während der Urteilsverkündung

Prozeß um gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Landesarbeitsgericht fällt reaktionäres Urteil

Heinze-Frauen geben nicht auf

HAMM.— Am 19. September ging der Arbeitsgerichtsprozeß der 28 Arbeiterinnen der Firma Heinze-Labor-Betriebe aus Gelsenkirchen gegen ihre Betriebsleitung in die zweite Instanz. Hatte das Arbeitsgericht Gelsenkirchen die Betriebsleitung dazu verurteilt, den Heinze-Frauen bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn wie ihren männlichen Kollegen zu zahlen, so schlug sich die 12. Kammer des Landesarbeitsgerichts Hamm vollständig auf die Unternehmenseite.

Über 100 Arbeiterinnen waren mit dem Bus oder dem Privatwagen nach Hamm gekommen, um ihren Kolleginnen bei dem Prozeß um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zur Seite zu stehen. Kollegen und Kolleginnen der IG Chemie und der IG Bergbau bekundeten durch mitgebrachte Transparente ihre

Solidarität mit den Heinze-Frauen. Passanten hatten Gelegenheit, sich durch ihre Unterschrift für die 28 Kolleginnen aus Gelsenkirchen einzusetzen.

Wie meistens zu solchen Anlässen, war der Sitzungssaal viel zu klein. Kurzerhand wurde ein Pendlerdienst zwischen dem

Sitzungssaal und den Frauen vor dem Gericht organisiert.

Die 28 Heinze-Frauen sind zwar in derselben Lohngruppe wie ihre männlichen Kollegen, die die gleiche Arbeit wie sie verrichten. Doch die Männer bekommen durch die Bank mehr außertarifliche Zulagen. Während die Männer zusätzlich zum nackten Tariflohn (6 Mark) zwischen 1,50 und 2 Mark erhielten, bekommen die Frauen Zulagen zwischen 12 Pfennig und 1,04 Mark. 14 der 28 klagenden Frauen bekommen überhaupt keine Zulagen.

Unternehmerargumente

Trotz dieser offenkundigen Ungerechtigkeit vermag die Unternehmenseite keinen Verstoß gegen den im Grundgesetz formulierten Gleichheitsgrundsatz zu erkennen. Unternehmeranwalt Steiner wies vor der 12. Kammer in Hamm darauf hin, daß ohnehin alles nur hochgespielt sei. Im übrigen sei auch er der Meinung, daß für wirklich gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt werden müsse. Nur — die 28 Klägerinnen würden eben keine gleiche Arbeit verrichten. Zwei völlig haltlose und lächerliche Argumente führte er für seine gewagte Behauptung an.

1. Da ein Nachtschichtverbot für Frauen bestünde, die Männer aber auf Nachtschicht müßten, ist ihre Arbeit von vornherein als schwerer zu bewerten, was sich in den höheren Zulagen gerechtfertigt. — Abgesehen davon, daß für Nachtarbeit sowieso gesonderte Zulagen gezahlt werden, ist diese hinterhältige Argumentation der Versuch, ein Gesetz zum Schutz der Frauen in sein Gegenteil zu verkehren und als Rechtfertigung für eine generelle Unterbezahlung zu benutzen.

2. Die Männer trügen eine größere Verantwortung als ihre weiblichen Kollegen. Abgesehen davon, daß dieses Argument voll in die Kerbe der reaktionären Vorurteile über die Frauen häut, sie seien dümmere, technisch unbegabter usw., so ist es im konkreten Fall Heinze ein einziger Witz. Denn bis Ende 1977 war der Heinze-Labor-Betrieb in Gelsenkirchen

ein reiner Frauenbetrieb. Und als zum Januar 1978 zum ersten Mal Männer eingestellt wurden, waren es die Heinze-Frauen, die sie anlernten.

Doch für den Richter spielte all das keine Rolle. Er sprang der Unternehmensleitung zur Seite und hob das erstinstanzliche Urteil, das das Unternehmen zur vollen Lohnzahlung verpflichtet hatte, auf.

Der „Marktwert“ der Frauen

Dann war da in der mündlichen Urteilsbegründung noch die Rede vom geringeren „Marktwert“ der Frauen. Diese diffamierende Einschätzung entspricht haargenau der kapitalistischen Wirklichkeit. Das zeigt auch der Fall der Heinze-Frauen in aller Deutlichkeit.

Als nämlich zum 1. Januar 1978 zum ersten Mal Männer eingestellt werden sollten, mußte die Betriebsleitung schon deshalb höhere Zulagen springen lassen, weil für einen Stundenlohn von 6 Mark kein einziger Kollege bei Heinze auch nur einen Finger krumm gemacht hätte. Der Lohn der Frauen allerdings blieb so niedrig wie er war. Denn die werktätigen Frauen sind im Kapitalismus eine billige Reservearmee für die Unternehmer — mit einem Verdienst, der durchschnittlich etwa 30 Prozent unter dem der Männer liegt.

Der Kampf geht weiter

Der Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit muß vor

allem in Betrieb und Gewerkschaft geführt werden. Der Weg über die Gerichte bietet keine Gewähr, da können die Frauen hundertmal im Recht sein.

Daß die Heinze-Frauen den Kampf aufgenommen haben, daß sie sich von Anfang an nicht auf das Gericht beschränkt haben, sondern eine breite Öffentlichkeitsarbeit entfaltet haben, ist eine gute Sache. Sie haben angekündigt, daß sie nach Kassel vor das Bundesarbeitsgericht ziehen wollen. Auch das kann eine gute Maßnahme sein, einer noch breiteren Öffentlichkeit ihr Anliegen bekannt zu machen. Die Hauptkampffront aber liegt in Gelsenkirchen im Betrieb. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, dort den Kampf gegen die Unternehmensleitung zu organisieren.

Hoesch Dortmund

Die Hütte darf nicht sterben!

Wird Stahlbasis aus Dortmund verlagert?

DORTMUND. — Erregte Diskussionen gab es in der vergangenen Woche unter den Stahlwerkern aller drei Hüttenbetriebe von Hoesch in Dortmund. Viele Kollegen vertraten die Meinung, daß der Estel-Konzern auf längere Sicht die Hoesch-Hüttenwerke ganz stilllegen will.

Am Montag vergangener Woche tagten die Vorstände der Hüttenwerke des deutsch-niederländischen Estel-Konzerns. Sie sollten einen gemeinsamen Vorschlag für den Estel-Konzern-Vorstand erstellen und zwar über die Frage, ob als Ersatz für die Siemens-Martin-Werke, deren Stilllegung beschlossene Sache ist, in Dortmund ein neues Stahlwerk gebaut werden soll.

Eine ersatzlose Stilllegung der drei Siemens-Martin-Werke würde auf längere Sicht den Tod der ganzen Hoesch-Hütte in Dortmund bedeuten. Mittelfristig würde sie zur Vernichtung von 10000 Arbeitsplätzen bei Hoesch führen. Dies wäre für die Stadt Dortmund wirtschaftlich ein verheerender Schlag. An jedem Hoesch-Arbeitsplatz hängen in Dortmund noch zwei weitere in Verwaltung, Handel, Verkehr usw.

Schamlos nutzen die Estel-Konzernherren die wirtschaftliche Abhängigkeit der Stadt Dortmund, vor allem aber der werktätigen Bevölkerung, von den Arbeitsplätzen der Hüttenwerke aus. So haben sie einen skrupellosen Erpressungsversuch unternommen. Die Regierungen in Bonn und Düsseldorf sollen grünes Licht für millionenschwere Subventionen an Hoesch geben. Dann (und nur dann) wird (vielleicht) ein

modernes Oxygenstahlwerk als Ersatz für die Siemens-Martin-Werke gebaut!

„Geld her, oder wir machen den Laden dicht!“ Das ist das Pokerspiel der Estel-Herren. Dabei ist am Ende keine wirkliche Garantie für den Erhalt der Hüttenwerke gegeben, auch dann nicht, wenn die Steuer-millionsen in den Taschen der Estel-Bosse verschwunden sind.

Der Estel-Konzern trägt sich mit der Absicht, die Stahlproduktion ganz in Holland zu konzentrieren, denn dort, an der Nordseeküste, sind die Transportkosten für das Rohmaterial (Erz usw.) und für den produzierten Stahl viel niedriger als im Binnenland.

Die Tatsache, daß die Vorstände der beiden Hüttenbetriebe in Holland und Westdeutschland kein Konzept für die Erhaltung der Stahlbasis in Dortmund vorlegten, kann nur als Alarmzeichen gewertet werden.

Bevor noch die Dortmunder Tagespresse über die Sache berichtete, standen schon die Vertreter der RGO-Betriebsgruppe Hoesch vor den Werks-toren, um durch ein Flugblatt die Belegschaft zu informieren. Von der Ortsverwaltung der IG Metall gab es bislang überhaupt keine Bemühungen, die Belegschaft aufzuklären.

In dem RGO-Flugblatt, das

auf große Resonanz bei der Belegschaft stieß, heißt es unter anderem:

„Eine einheitliche, geschlossene Gegenwehr gegen diese Arbeitsplatzkiller ist notwendig! Die Kollegen anderer von der Stilllegung bedrohter Werke, wie zum Beispiel AEG Kanis in Essen, haben uns gezeigt, daß den Herren in den Konzern-etagen und auch den Politikern Dampf gemacht werden muß, daß der notwendige Druck nur durch uns selbst erzeugt werden kann!“

In den Betriebsrats-Sonderversammlungen vom Mittwoch wurden dazu ja schon Vorschläge gemacht:

- Durchführung einer gemeinsamen V-Leute-Vollversammlung aller drei Werke!
- Durchführung einer gemeinsamen, alle drei Werke umfassenden, außerordentlichen Belegschaftsversammlung!
- Solidaritätsaktionen der anderen IG Metaller sowie der anderen DGB-Gewerkschaften! Information der Öffentlichkeit in Dortmund!

Organisieren wir die Gegenwehr! Beratet in den Abteilungen weitere Schritte, nehmen wir den Kampf auf!

Hoesch darf nicht sterben! Die Hütte muß in Dortmund bleiben!“



Für einen gerechten Lohn demonstrierten Frauen vor dem Oberlandesgericht in Hamm und informierten über den Prozeßverlauf.

52 Schickedanz-Frauen vor Gericht

DÜSSELDORF. — Ähnliche Erfahrungen mit der bürgerlichen Klassenjustiz wie die Heinze-Frauen aus Gelsenkirchen machten 52 Schickedanz-Frauen vor dem Neusser Arbeitsgericht. Auch hier schloß sich das Gericht der diffamierenden Argumentation der Unternehmensleitung an, daß Frauen auf dem Arbeitsmarkt billiger zu haben sind.

Die Neusser Frauen, die bei den Schickedanz-Papierwerken beschäftigt sind, hatten im Unterschied zu den 28 Kolleginnen aus Gelsenkirchen schon in der ersten Instanz verloren und waren daraufhin in die Berufung gegangen. Auch hier mußte das Nachtarbeitsverbot für Frauen zur Begründung für die Lohndiskriminierung herhalten. Der erste Verhandlungs-

tag des Berufungsprozesses fand am 19. September vor dem Landesarbeitsgericht in Düsseldorf statt und war von ähnlichen Solidaritätsaktionen begleitet wie der am selben Tage ablaufende Prozeß der Heinze-Kolleginnen in Hamm. Das Düsseldorfer Gericht vertagte seine Entscheidung auf einen noch nicht festgesetzten Termin.



Schon einmal demonstrierten die Hoesch-Arbeiter gegen die Verlegung des Werkes nach Holland.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Bauriese pleite

LÜBECK.— Die Lübecker Unternehmensgruppe Lüder Bauring hat am Dienstag vergangener Woche Konkurs angemeldet. Die 1400 Beschäftigten des Bauriesens haben am 15. September ihren Lohn nicht mehr ausgezahlt bekommen. Jetzt droht vielen von ihnen das Schicksal der Arbeitslosigkeit. Die Firma Lüder Bauring galt als größtes privatwirtschaftliches Bauunternehmen in Norddeutschland. Der Werbeslogan der Firma: „Die Baukraft des Nordens“.

Neue Stilllegung im AEG-Konzern angekündigt

BRAUNSCHWEIG.— Der AEG-Konzern will ein Produktionswerk in Braunschweig, das zur Hartmann & Braun AG gehört, einem Tochterunternehmen des AEG-Konzerns, stilllegen. Damit würden 378 Arbeitsplätze vernichtet. IG-Metall-Sprecher haben die Befürchtung geäußert, daß bei Hartmann & Braun insgesamt 1000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Das entspricht dem erklärten Motto des Konzernbosses Cipa: „Verkaufen, verwerten, verschrotten.“ Cipa: „Strategie“ ist es, alle Werke des Konzerns, die nicht optimale Profite bringen, stillzulegen und die anderen Betriebe bis zum letzten durchzurationalisieren. Die Stilllegung des Braunschweiger H & B-Werkes, die bis Ende nächsten Jahres erfolgen soll, wäre ein schwerer Schlag für die Stadt. Die Arbeitslosenquote in dieser Region liegt bei 5,7 Prozent.

Kurzarbeit bei Ford

KÖLN.— Von Oktober an werden 12000 Beschäftigte im Kölner Ford-Werk Köln-Niehl für 25 Tage auf Kurzarbeit gesetzt. Damit reagiert der Werkvorstand auf den Nachfragerückgang bei den hubraumstarken Modellen Capri und Granada. Dieser Rückgang ist ein erstes Ergebnis der beginnenden schweren Überproduktionskrise in der Automobilindustrie. Bei den kleineren Modellen von Ford Escort und Fiesta ist der Absatz momentan noch sehr stark. Die Ford-Bosse wollen im Werk Saarlouis (Saarland), wo diese Modelle gefertigt werden, bis zum Jahresende zehn zusätzliche Sonderschichten verfahren.

Berufsverbot für Krankenschwester

Die examinierte Krankenschwester Marieluise Grzanna aus Monheim ist mit Berufsverbot belegt worden. Sie arbeitete zuletzt in einer neu eingerichteten Sozialstation in Monheim — Träger der Einrichtung sind Arbeiterwohlfahrt und Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, im Verband der Stadt Monheim — und wurde Ende August gefeuert. Der Grund: Sie kandidiert bei den Kommunal- und Kreistagswahlen für die DKP. Grzanna arbeitete neun Jahre lang im Bereich der Krankenpflege.

Spitzenrunde DGB-Führung - Regierung - Kapitalisten

Neuaufgabe der Konzentrierten Aktion

Lohnleitlinie hinter den Kulissen?

BONN.— Am 19. September trafen auf Einladung von Bundeskanzler Schmidt die Oberhäupter der Bundesregierung, der Unternehmerverbände und des DGB-Apparates zusammen.

Offiziell wurden die Themen Nachschlag und Lohnrunde bei dem Spitzengespräch nicht behandelt. Man fürchtete wohl, durch allzu offene Absprachen auf diesem Gebiet, die Unruhe in den Betrieben und an der Gewerkschaftsbasis zu schüren.

Das „Spitzengespräch“ war praktisch eine Neuaufgabe der Konzentrierten Aktion. Ihre Weiterführung ist vom letzten DGB-Kongress im Mai 1978 und außerdem von verschiedenen Gewerkschaftstagen der Einzelgewerkschaften abgelehnt worden. Durch diese Beschlüsse ließen sich jedoch die DGB-Chefs Vetter, Loderer und Kluncker von der Teilnahme an der Gesprächsrunde nicht abhalten.

Die Kapitalistenseite war unter anderem vertreten durch den Unternehmerpräsidenten Esser sowie durch die Konzernchefs der VEBa und der Saarbergwerke AG, die Herren Benningsen-Förder und Lehnartz. Von der Bonner Regierung nahmen neben Kanzler

Schmidt die Bundesminister Graf Lambsdorff (Wirtschaft) und Matthöfer (Finanzen) an der Runde teil. Schon die Zusammensetzung der Runde macht deutlich, daß die Frage der Lohnforderungen nur nach außen hin ausgeklammert wurde.

Nach den Berichten der bürgerlichen Presse waren sich alle Teilnehmer auf dem Spitzentreffen darin einig, „daß die Bundesrepublik auf die Kernkraft nicht verzichten kann“. Mit anderen Worten: Den Milliarden der bundesdeutschen Hochfinanz kann nicht zugemutet werden, daß sie auf die Superprofite aus dem Atomgeschäft verzichten.

Was die Frage der Lohnpolitik anbelangt, so melden die Zeitungen lediglich, Kanzler Schmidt habe lobend hervorgehoben, daß die Gewerkschaften bei den Lohnabschlüssen im vergangenen Frühjahr „hohes Verantwortungsbewußtsein“ bewiesen hätten. Mit diesem zynischen Ausspruch will der Kanzler die Vetter,

Loderer und Konsorten dazu anstacheln, in der kommenden Lohnrunde die Arbeiter und kleinen Angestellten genauso dreist zu verschaukeln, wie in der vergangenen.

Insbesondere IGM-Chef Loderer hielt es für nötig, vor und nach dem Gipfeltreffen zur Tarnung wieder einmal besonders radikale Töne zu spucken. Die IG Metall sei nicht bereit — so der IGM-Vorsitzende — auf einen Ausgleich für die Teuerung zu verzichten; darüber hinaus fordert die IGM auch einen Ausgleich für die gestiegene Arbeitsproduktivität und einen Anteil an der Profitsteigerung.

Das ist gebont! Die Mitglieder und fortschrittlichen Kollegen im Funktionärskörper fordern dies. Allerdings nimmt Loderer diese Forderungen nur in den Mund, um seine Spuren zu verwischen. So will er das Mißtrauen der Basis ihm gegenüber einschläfern. Aber, daß Loderer unter Mißachtung der Beschlüsse der DGB- und IGM-Gewerkschaftstage an der neuformierten Konzentrierten Aktion mitwirkte, zeigt schon klar genug, was von seinen Worten zu halten ist. Während

er in den Medien den „harten Eugen“ spielt, hat er in Bonn seinen arbeiterfeindlichen Pakt mit den Konzernherren und der Regierung bekräftigt.

Die unverfrorene Mißachtung der Gewerkschaftsbeschlüsse zur Konzentrierten Aktion durch Vetter, Loderer und Kluncker darf nicht länger kampflos hingenommen werden. Zugleich aber heißt es jetzt, von unten her die selb-

ständige Kampffront für die Lohnrunde zu schaffen. Alle ehrlichen Gewerkschafter müssen, unabhängig von bestehenden Meinungsverschiedenheiten, einig und geschlossen verhindern, daß die DGB-Bonzen hinterrücks den Raub an unseren Reallohn besiegeln. Am besten wird diese Kampffront organisiert, indem die Bewegung für einen Nachschlag weitergetrieben wird.

Opel-Werke Rüsselsheim und Bochum 300 Arbeiter werden nach Bochum verschoben

Betriebsratsmehrheit gibt Zustimmung

RÜSSELSHEIM/BOCHUM.— Weil es in das Profitekzept der Opel-Bosse paßt, werden 300 Arbeiter der Rüsselsheimer Opelwerke für ein halbes Jahr an die Opel-Werke in Bochum ausgeliehen.

Es ist ein Skandal — aber die Mehrheit des Betriebsrates mit dem Arbeitervertreter Heller an der Spitze hat der Werksleitung dazu ihre Zustimmung gegeben.

Angeblieh erfolgt die Verschiebung der Arbeiter auf „freiwilliger Basis“. Die auf diese menschenunwürdige Weise ausgenutzten Arbeiter werden mit einem Almosen von 4500 Mark abgefunden. Die Rechnung der Opel-Bosse sieht so aus:

Jetzt, nach der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt, steht fest, daß die Kadett-Fertigung, die in Bochum erfolgt, auf Hochtouren laufen kann. Bei den größeren Modellen dagegen sieht es anders aus. Hier geht die Nachfrage zurück. Hier machen sich die Konsequenzen der heraufziehenden schweren Krise in der Automobilindustrie bereits geltend.

Ab Oktober/November sind daher in Rüsselsheim, wo die größeren Opeltypen gebaut werden, für den Geschmack der Bosse 750 Leute „zuviel“ da. Denn die optimale Ausbeutung der Arbeitskraft ist das heilige Gesetz der kapitalistischen Profitscheffler.

Und der Betriebsratsvorsitzende Heller denkt offensichtlich genau in den gleichen

Bahnen wie die Opel-Kapitalisten. Seine Zustimmung zu der Menschenverschiebung rechtfertigt er mit dem Argument, daß dies doch zweckmäßig sei; auf diese Weise sei doch das Problem der „Unterbelastung“ im Werk Rüsselsheim teilweise gelöst.

Vom Standpunkt der Profitmaximierung hat er recht. Wenn man den Arbeiter nur als Ware sieht, deren Bestimmung es ist, wie Rohstoffe und andere Dinge im Produktionsprozeß verwertet zu werden, dann ist diese Lösung rationell.

Diese zynische Haltung wurde von der Mehrheit der Fraktion der IG-Metall-Liste im Betriebsrat unterstützt. Ein trauriges Kapitel für jeden ehrlichen Gewerkschafter. Immerhin aber haben elf Betriebsräte mit Nein gestimmt, unter ihnen auch der türkische Betriebsrat der Revolutionären Gewerkschafts-Opinion (RGO), Atilla Özgüç. Gegen den Kollegen Özgüç haben die IGM-Bonzen übrigens vor einiger Zeit ein Ausschlussverfahren wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ in Gang gesetzt.

Die RGO-Betriebsgruppe hat unter der Belegschaft ein Flugblatt verbreitet, das die Verschiebungsfaktion der Opelbosse und das Verhalten der Heller-Clique scharf angreift.

Vertrauensleute Mannesmann-Huckingen

22 Prozent mehr Lohn notwendig

30 Pfennig Nachschlag gefordert

DUISBURG.— 22 Prozent mehr Lohn müßten durchgesetzt werden, wollte man die Reallohnneinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten absichern. Diese Rechnung machte der Betriebsratsvorsitzende der Mannesmann-Hüttenwerke, Herbert Knapp, auf einer Sitzung des Vertrauensleutkörpers der IG Metall auf.

Knapp rechnete der Versammlung, die am 14. September stattfand, in einem Referat zur kommenden Lohnrunde folgendes vor:

Der Reallohnverlust 1977/1978 macht drei Prozent mehr Lohn notwendig, die bisherige Teuerung vom laufenden Jahr 5,3 Prozent. Die Einkommenssicherung für kommendes Jahr würde 10,7 Prozent erfordern. Will man zudem eine Erhöhung des Realeinkommens von drei Prozent erreichen, so kommt man unterm Strich auf 22 Prozent Lohnerhöhung.

Ein Vertreter der Vertrauens-

leutkörpersleitung meinte dazu, eine solche Forderung könne wohl gegenüber den höheren Gremien der IG Metall schwerlich durchgesetzt werden. Daher sei es empfehlenswert, einen Teil davon als Nachschlag schon vor der Tarifrunde zu holen.

In verschiedenen Entschlüssen, die der Vertrauenskörper faßte, wurden folgende Punkte angenommen:

Erstens: Es wird eine Lohnerhöhung von 30 Pfennig pro Stunde als Nachschlag für alle gefordert. Für diese Forderung

wird eine Unterschriftensammlung in der Belegschaft durchgeführt.

Zweitens: Es wird Auskunft vom Ministerpräsidenten Rau über die Bespitzelung von Betriebsräten verlangt.

Drittens: An die streikenden Hafenarbeiter in Rotterdam, die für einen Nachschlag kämpfen, wird eine Solidaritätsadresse geschickt.

Was den ersten Punkt betrifft: Die Unterschriftensammlung hat inzwischen begonnen. Mehrere Abteilungen haben bereits geschlossen unterschrieben.

Feuerwehrleute gehen auf die Straße

Forderungen: 40-Stunden-Woche, bessere Bezahlung, mehr Personal

HAMBURG.— Am Dienstag vorletzter Woche gingen die Hamburger Feuerwehrleute auf die Straße.

HAMBURG.— Am Dienstag vorletzter Woche gingen die Hamburger Feuerwehrleute auf die Straße.

Wie auf unserem Foto zu erkennen ist, haben sich in die Protestdemonstration Seeleute eingereiht, die ihre Solidarität mit den Kollegen zeigten. Auch Angehörige der Hamburger Stadtreinigung und Beschäftigte der Lufthansa marschierten in dem rund 2000 Menschen umfassenden Zug mit.

Die hauptsächlichen Forderungen der Hamburger Feuerwehrleute: Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 40 Stunden pro Woche; personelle Verstärkung der Feuerwehrlöcher von gegenwärtig 10 bis 12 auf

16 Mann; bessere Bewertung ihrer Arbeit als qualifizierte Tätigkeit und bessere Entlohnung.

Die Demonstration ist die Antwort der Kollegen auf die unverschämte Hinhaltspolitik des Hamburger Senats. Er hat die Feuerwehrleute schon seit langem mit leeren Versprechungen abgespeist.

Bekanntlich ist die Arbeit der Feuerwehrleute gefährlich und hart. Immer wieder riskieren Feuerwehrmänner ihre Gesundheit und ihr Leben im Einsatz zur Rettung von Menschen bei Brandkatastrophen und Unglücksfällen. Ein Redner auf der Protestkundgebung sagte: „Das Maß ist voll. Wir wollen keine leeren Versprechungen mehr und hingehalten werden.“



Arbeiterkorrespondenz

Antikriegstag in Reutlingen

Gewerkschafter werfen Neonazis aus dem Saal

REUTLINGEN.— Mit Rücksicht auf die Urlaubszeit fand in Reutlingen die Veranstaltung des DGB zum Antikriegstag erst am 21. September statt.

Auf dem Programm standen: Antikriegslieder von Tucholsky, ein Interview des Südwestfunks mit zwei alten Reutlinger Gewerkschaftern über die Lage in Reutlingen nach Hitlers Machtergreifung und schließlich noch eine Rede des IG-Drupa-Vorsitzenden Mahlein.

Den meisten Beifall während der Veranstaltung bekam der Vortrag der Tucholsky-Lieder, während die Aufmerksamkeit der Veranstaltungsbesucher bei der Mahlein-Rede eher nachließ. Das lag wohl daran, daß Mahlein das Schwergewicht seiner Rede auf die sogenannten Abrüstungsbemühungen der SPD und die Haltung der Bonner Parteien zur Wiederaufrüstung nach dem zweiten Weltkrieg legte. Was an der Rede fehlte, war gerade das, was die meisten Besucher im Saal interessiert hätte: nämlich was man als aktiver Gewerkschafter gegen das Wetrüsten der Militärblöcke und gegen die

zunehmende Reaktion in diesem Staat aktiv tun kann.

Im Verlauf der monotonen Mahlein-Rede ging plötzlich eine Unruhe durch den Saal. „Heinzmann ist da!“ — hieß es. Heinzmann ist der in Reutlingen überall bekannte Kopf faschistischer Grüppchen. Tatsächlich saß Heinzmann hinten im Saal, und um ihn herum sein Schlägertrupp in voller Montur, in Lederjacken und Stiefeln. Kaum war Heinzmann entdeckt, brach ein Tumult los, und sofort waren Leute hinten, die die Faschisten aus dem Saal drängten.

Mahlein übrigens ließ sich während der ganzen Aktion nicht aus der Ruhe bringen und leierte weiter, obwohl ihm kein Mensch mehr zuhörte.

Vor der Halle sammelte sich indessen eine Menschenmenge an, die den Faschisten den Zutritt in den Saal versperrte. Plötzlich war die Polizei da. Ein Truppleiter aus Heinz-

manns Schlägertruppe zeigte auf Gewerkschafter in der Menge. Die Polizei nahm deren Personalien auf, was große Empörung hervorrief.

Heinzmann kam zunächst wieder in den Saal. Verantwortlich dafür war der DGB-Kreisvorsitzende Schnaubelt, der auf Anfrage der Polizei betonte, daß er Heinzmann nicht aus der Versammlung ausgeschlossen habe.

Nun aber brach die Wut über den Schutz der Faschisten durch die Polizei und die DGB-Führer los. Mahlein mußte endlich seine Rede abbrechen. „Nazis raus!“ riefen die Gewerkschafter. Schnaubelt war gezwungen, Heinzmann nun doch auszuschließen, und die Polizei schob Heinzmann sanft aus dem Saal.

Eine gute Seite hatte die Geschichte mit der Nazi-Provokation doch: Es entstand ein Gefühl der Solidarität unter den Gewerkschaftern — eben genau das, was durch das

Mahlein-Geleiere abgetötet worden war.

Vor der Veranstaltung verteilten Genossen der Partei ein Flugblatt zum Antikriegstag.

Genossen der Roten Garde verkauften den *Roten Rebellen* und Anti-Strauß-Plaketten, die sehr gut weggingen. Gewerkschafter sammelten Unterschriften für

das Verbot der Aussperrung. Viele Gewerkschafter, die angesprochen wurden, unterschrieben.

DGB Reutlingen

Scharfer Protest gegen Hawreliuks Entlassung

Bei der Vorbereitung der Antikriegstagsveranstaltung in Reutlingen verabschiedete die Funktionärskonferenz des DGB Reutlingen folgende Resolution, die unter anderem gegen die Maßregelung des DGB-Jugendsekretärs Hawreliuk Stellung nimmt [siehe auch „Roter Morgen“ 38/79]. Die Resolution wurde ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Resolution

An den Bundesvorstand des DGB

Wir, die Anwesenden der Funktionärskonferenz zur Vorbereitung unserer Antikriegstagsveranstaltung in Reutlingen, haben mit Empörung von der Absetzung des DGB-Bundesjugendsekretärs Heinz Hawreliuk erfahren.

Gerade heute, wo Neonazis geduldet, Kriegshetze verstärkt wird, ist es notwendig, die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren. Es geht deshalb nicht an, daß eine Broschüre zum Antikriegstag durch den DGB-Bundesvorstand verboten wird.

Gerade Franz Josef Strauß und seine Anhänger wollen, daß alle gesellschaftskritischen Kollegen mundtot gemacht und ausgeschlossen werden. Es drängt sich daher die Frage auf, ob die Maßnahmen im

Hinblick auf das Gespräch zwischen dem Kollegen Vetter und Franz Josef Strauß am 9. Oktober getätigt worden sind.

Wir fordern den Bundesvorstand auf, seine ganzen Kräfte gegen alle Reaktionen und Kriegshetze einzusetzen und diese für uns Gewerkschafter verblüffenden Maßnahmen zurückzunehmen.

Der Antikriegstag mahnt uns, gegen die Spaltung der Arbeiterbewegung und für unseren gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Krieg einzutreten.

Solidarität mit Heinz Hawreliuk!

Mit kollegialem Gruß

Die Versammelten der Funktionärskonferenz zur Vorbereitung der Antikriegstagsveranstaltung in Reutlingen, 14. September 1979.

90 Jahre Bergarbeitergewerkschaft

September '69: Zehntausende Kumpels im Streik

In unserer Serie über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im deutschen Bergbau seit der Gründung des „alten Verbandes“ vor 90 Jahren schilderten wir zuletzt die Verfilzung des Gewerkschaftsapparates der IG Bergbau und Energie mit den Energiemonopolen an Rhein, Ruhr und Saar. Waren in der Gründerzeit der Bergarbeitergewerkschaft deren Führer revolutionäre Kämpfer gegen die kapitalistische Ausbeutung, so sind die heutigen IGBE-Führer reaktionäre Verfechter der Profitinteressen ihrer Herren und Komplizen in den Konzernpalästen.

Wir haben in unserem letzten Beitrag gezeigt, daß auf der Grundlage der Montanmitbestimmung und der fortgeschrittenen Kapitalkonzentration im Energiesektor eine extrem arbeiterfeindliche und korrupte Bonzenclique im Apparat der IG Bergbau herangezogen worden ist. Diese Schicht von Arbeiteraristokraten, die mit Privilegien bestochen und von der Sucht getrieben ist, Karriere zu machen, verteidigt bedingungslos die Interessen der Konzernherren.

So ist es beispielsweise auf den Zechen üblich, daß die von der IG Bergbau gestellten Arbeitsdirektoren auf Belegschaftsversammlungen über die „schlechte Arbeitsmoral“ wettern. Die Kumpels, die wiederholt einen Krankenschein nehmen müssen, werden von diesen „Arbeitnehmervertretern“ als Faulenzer und Parasiten diffamiert. Nicht selten wird diese widerliche Hetze auch noch vom Betriebsratsvorsitzenden unterstützt.

Der Bonze und die Grabrede

Die IGBE-Bonzen sind auch dafür bekannt, daß sie die teilweise wahrhaft mörderische Vernachlässigung der Arbeitssicherheit unter Tage um des Profits willen decken. So kommt es unter Tage erschreckend oft zu schweren Unfällen und zu Katastrophen, bei denen dann der Kumpel mit seinem Leben zahlen muß.

Eine skandalöse Begebenheit aus dem Jahr 1977 wirft ein bezeichnendes Licht auf diese verbrecherische Haltung der Bonzen. Die Werksleitung und der Betriebsratsvorsitzende der Zeche Westerholt erstatteten gemeinsam Strafanzeige gegen

einen Pfarrer namens Rolf Heinrich. Welches Verbrechen warfen sie dem Gottesdiener vor?

Rolf Heinrich hatte bei der Beerdigung des unter Tage tödlich verunglückten Kumpels Josef Spill auf dem Friedhof der Bergmannssiedlung Gelsenkirchen-Hassel die Grabrede gehalten. Der Pfarrer begnügte sich jedoch nicht mit salbungsvollem Geschwätz. Er sprach es aus, daß der Tod des Josef Spill vermeidbar gewesen wäre, daß der Kumpel der mangelnden Arbeitssicherheit zum Opfer gefallen ist.

Betriebsratsvorsitzender Lasthaus stellte seinen ganzen Zynismus unter Beweis. Beim Amtsgericht Buer verklagte er gemeinsam mit den Zechenbossen den Pfarrer wegen „Beleidigung“. In dem Gerichtsverfahren, das übrigens zugunsten des Pfarrers entschieden wurde, verlangten die Kläger sogar, Rolf Heinrich solle versprechen, sich solcher „beleidigender“ Predigten künftig zu enthalten.

Walter Ahrendts Heldentat

In den sechziger Jahren fand im deutschen Steinkohlenbergbau ein beispielloser Stilllegungsfeldzug statt. Die Energie-milliardäre stiegen von der Kohle auf das Erdöl um, das sie zu Spottpreisen vor allem aus dem Nahen Osten bezogen. Damit war höherer Profit zu erzielen. Von April 1957 bis April 1969 wurden in der Bundesrepublik 78 Zechen, zum Teil fast neue und hochmoderne Anlagen, stillgelegt, 62 davon im Ruhrgebiet. Der Staat vergoldete diesen Wahnsinn mit -zig Millionen an Stilllegungsprämien. Hunderttausende von Kum-

pels wurden so ihres Arbeitsplatzes beraubt. Die Zahl der Beschäftigten im Bergbau sank von 604 027 im Jahr 1957 auf 204 500 im Jahr 1972. Gleichzeitig aber wurde die Ausbeutung der verbliebenen Kumpels maßlos verschärft. Lag die Förderleistung pro Mann und Schicht im Jahr 1957 im westdeutschen Steinkohlenbergbau noch bei 1,59 Tonnen, so stieg sie bis zum Jahr 1973 auf mehr als 4,1 Tonnen!

schrieb am 29. Oktober 1967:

„Der Zivilcourage des Ministerpräsidenten Heinz Kühn und der Besonnenheit des Vorsitzenden der Industriergewerkschaft Bergbau und Energie, Walter Ahrendt, ist es in Hückarde — Auge in Auge mit der tobenden Menge — noch einmal gelungen, der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen.“

Eines allerdings hat die Kampfbereitschaft der Hückar-

einheit-telegramm

Durch wilde Streikaktionen sind Arbeitsplätze gefährdet

Adolf Schmidt appelliert an alle Saarbergleute

Im gesamten deutschen Steinkohlenbergbau gab es erst vor wenigen Wochen neue Lohn- und Gehaltstarife. Auch im Saarbergbau. Dennoch haben linksextremistische Kreise im Saarbergbau wilde Streikaktionen inszeniert, um Teuerungszulagen durchzusetzen. Der Vorstand der IG Bergbau und Energie hat unmißverständlich erklärt: Wilde Streiks gefährden die Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau. Ob an der Saar, an der Ruhr oder im Aachener Revier. Deshalb hat der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt ein Wort in ernster Stunde an die Saarbergleute gerichtet. Was für die Saar gilt, ist auch in allen anderen Kohlenrevieren von Bedeutung. In dem

IGBE-Flugblatt vom 25.10.1973

Gegen diese verbrecherische Arbeitsplatzvernichtung und Verschärfung der Ausbeutung versuchten sich die Kumpels immer wieder mit spontanen Arbeitsniederlegungen und Protesten zu wehren. Aber sie hatten keine Organisation im Rücken. Die IG-Bergbau-Führer sabotierten jeden Kampf.

Im Oktober 1967 fuhr den Bossen und Bonzen allerdings das Zittern in die Knochen. Gegen die beabsichtigte Stilllegung der Zechen *Hansa* in Dortmund-Hückarde und *Pluto* in Wanne-Eickel demonstrierten 15 000 Kumpels unter roten Fahnen auf dem Marktplatz in Hückarde. Wie groß die Empörung war, zeigte sich daran, daß die Bergarbeiter die Absicht hatten, nach der Kundgebung die Autobahn zu blockieren. Der damalige IGBE-Boß Walter Ahrendt hatte entscheidenden Anteil an der Abwiegung dieser Kampfentschllossenheit. Die Hamburger Zeitung *Sonntagsblatt*

der Bergarbeiter dennoch bewirkt: Bis heute ist die Zeche *Hansa* noch in Betrieb. Die Politik der IGBE-Bonzen jedoch hat sich nicht geändert. Jetzt, wo nicht mehr das Erdöl, sondern die Kernenergie das goldene Kalb ist, um das die Profithäie tanzen, gibt es kaum jemand, der das Bonner Atomprogramm mit größerem Fanatismus verteidigt als die IGBE-Führung.



Im Herbst 1973 demonstrierten Bergleute vor dem Landtag in Saarbrücken.

September 1969: Bergarbeiter im Kampf

In den ersten Jahren der Bonner Republik zählte der Bergmannsberuf — völlig zu Recht — zu den bestbezahlten Arbeiterberufen. Die Kumpels haben es den IGBE-Bonzen zu verdanken, daß sie heute mit dem 13. Platz weit unten in der Lohnskala rangieren: Die Tarifabschlüsse der IGBE-Führung blieben meist noch hinter denen der anderen Gewerkschaftsführungen zurück.

Als im September 1969 die Arbeiter in der Bundesrepublik mit einer machtvollen spontanen Streikwelle gegen die zu niedrigen Abschlüsse bei den offiziellen Tarifverhandlungen rebellierten, standen jedoch die Bergarbeiter ganz vorne im Kampf. 20 000 Saarbergleute führten vier Tage lang nicht ein. Sie marschierten zweimal nach Saarbrücken zum Landtagsgebäude (die Saarbergwerke AG ist in staatlichem Besitz). Am 11. September stürmten streikende Bergarbeiter die Hauptverwaltung der Saarbergwerke AG, nachdem die Bosse sich geweigert hatten, den Kumpels Rede und Antwort zu stehen.

Auch an der Ruhr kämpften die Bergleute machtvoll. Allein in Dortmund streikten 10 000 Kumpels. Die IGBE-Führung ließ Flugblätter verteilen, auf denen gegen den Streik gehetzt wurde. Diese Arbeitervertreter schreckten nicht einmal davor

zurück, den Kumpels damit zu drohen, daß ihnen und ihren Familien der Versicherungsschutz entzogen würde (die Sozialversicherung der Bergleute wird paritätisch von den IGBE-Vertretern mitbestimmt).

Die Bergarbeiter konnten damals mit ihrem als „wild“ diffamierten Streikkampf, trotz des Verrats der Gewerkschaftsbonzen, erhebliche Lohnerhöhungen durchsetzen.

Im Oktober 1973 kam es an der Saar erneut zu einem spontanen Streik der Bergarbeiter. 13 000 Kumpels führten bis zu fünf Tage lang nicht ein. Ihre Forderung: 300 Mark als Ausgleich für die gestiegenen Preise und monatlich 100 Mark mehr Lohn. Aber inzwischen hatte sich die Gewerkschaftsführung auf einen solchen „Tag X“ vorbereitet. Es gelang den IGBE-Bonzen zu verhindern, daß der Streikfunke auf die Zechen an der Ruhr übersprang. Die Saar-kumpels mußten sich geschlagen geben, ohne eine Lohnerhöhung durchgesetzt zu haben.

Die Lehre dieser Streiks besteht darin, daß ihr Verlauf in aller Schärfe die Notwendigkeit einer organisierten, revolutionären Front der Kumpels in der IG Bergbau gegen die reaktionären Bonzen zeigte. Eine solche Opposition wird es der Gewerkschaftsführung einerseits erschweren, ihr verräterisches Spiel zu treiben. Und gleichzeitig wird diese Opposition für selbständig geführte Kämpfe der Bergarbeiter das organisatorische Rückgrat bilden.

Der Grundstein für diesen Zusammenschluß der Bergarbeiter wurde vor einigen Wochen gelegt: Klassenbewußte Bergarbeiter gründeten die RGO Ruhrbergbau. Die RGO wird sich in der ganzen IG Bergbau ausbreiten. Sie wird zu einer starken Kraft werden, damit bald der Tag kommt, da der deutsche Bergarbeiter aus seiner Gewerkschaft solche verdammten Arbeitervertreter und Bonzen wie die Adolf Schmidt, Hans Alker und Gefolge mit Schimpf und Schande hinausjagt.



Strauß in der Defensive: Seine Getreuen und Zivilpolizisten schützen ihn vor der Empörung der Demonstranten in Essen.



Viele tausend demonstrierten Strauß während seines Auftritts in Essen ihre Abneigung, mit Pfiffen, Parolen, Sprechchören und Transparenten...

...ebenso in Herne.



Eindrucksvolle Willensdemonstration der Demokraten!

Strauß raus aus dem Revier!

Eine Bilanz in Wort und Bild

Franz Josef Strauß war da! Viermal sprach er im Rahmen des Kommunalwahlkampfes in Nordrhein-Westfalen für seine CDU. Und Zehntausende von Demonstranten waren da: in Essen und Köln, in Herne und Bochum. Wo er auch hinkam, wo er auch seine großen Töne loswerden wollte, überall begegnete ihm massiver Protest. Überall hatten sich zahllose Menschen eingefunden, die diese Provokation nicht hinnahmen. Der Rote Morgen zieht hier eine Bilanz in Bildern. Ein Bericht von den Aktionen aus Herne und Bochum ergänzt diese Eindrücke. Diejenigen, die nach der ersten Runde vor zwei Wochen in Essen und Köln, mit allen Mitteln versucht hatten, die Demonstranten zu beschwichtigen, die ihnen einreden wollten, mit massiven Aktionen schade man nur sich selbst und nütze Strauß, sie sind mit ihren Plänen gescheitert. In Herne und Bochum haben die antifaschistischen Initiativen gemeinsam ein Flugblatt herausgegeben und zu Protestaktionen aufgerufen.

Sieg des FJS über die linken Störer?

Aktionen in Herne und Bochum

Trotz massiven Polizeischutzes — Tausende begrüßten Strauß mit Pfiffen, Parolen und Transparenten

Wie hieß es? Herne darf nicht Essen werden! „Wir werden aufräumen, wir wissen, wie wir dem roten Terror begegnen müssen.“ Strauß forderte mehr Polizeischutz für seine Auftritte und bekam ihn.

Schon Tage zuvor wurden feierhafte Vorbereitungen getroffen. Polizeioffiziere durchstreiften das Herner Rathaus und planten Maßnahmen zum „Schutz“ der Kundgebung, die direkt vor dem Rathaus stattfinden sollte. Die Fotografen erhielten die besten Fensterplätze zur Auffrischung der Datenkarten. Die Abriegelung des Platzes wurde geplant. Alles perfekt, bis hin zu dem fürsorglichen Hinweis an ein Herner Krankenhaus, auf der Intensivstation Betten für Schußverletzte bereitzuhalten.

Am Tage des großen Auftritts begannen ab 13 Uhr die letzten Vorbereitungen der Polizei und der CDU. Mit spanischen Reitern wurde eine Absperrung von 40 Metern rund um die Rednertribüne errichtet (die CDU hatte ausgerechnet, daß ein rohes Ei nicht so weit fliegen kann). Die Ordner der CDU nahmen, zusammen mit der Polizei, Aufstellung — die Zusammenarbeit klappte anscheinend sehr gut. Dann rollten die Polizeiwagen und bildeten ein Karree um den Platz — lediglich drei Eingänge wurden freigelassen. In allen Gebäuden rund um den Platz wurden schwerbewaffnete Hundertschaften untergebracht. Dann: Die ersten Busse der von der CDU organisierten Jubelarmee kommen aus vielen Städten des Ruhrgebiets — zu groß war anscheinend ihre Angst, in der Menge nachher in der Minderzahl zu sein.

Schon beim Flugblattverteilen in der nahegelegenen Einkaufsstraße konnten wir feststellen, wie die Stimmung der Herner Bevölkerung tat-

sächlich ist. Derartig gut, viel und schnell haben wir unsere Flugblätter noch nie verteilt. Die Standardfrage vieler Passanten war: „Für oder gegen Strauß?“ Sobald das klar war, wurden die Flugblätter mit Freuden genommen. Bemerkungen wie die einer Hausfrau waren keine Seltenheit: „Eier sind noch viel zu schade für den Kerl.“ In den Gesprächen versprochen uns viele zu kommen und mit uns gemeinsam gegen das provokative Auftreten von Strauß zu protestieren. Und dies war nachher auch tatsächlich der Fall! Trotz größter Schwierigkeiten, auf den Platz zu gelangen, waren bei der Kundgebung selbst ungefähr die Hälfte der 7000 bis 10000 Anwesenden aktiv



Strauß in Aktion. Nach der Schlappe von Essen, wo er seine Tiraden nicht loswerden konnte, schweigen mußte...



Bochum: massenhaft Polizei vor der Ruhrlandhalle. Stark bewaffnete Hundertschaften, Wagensperren, Leibbesichtigung. Mit aller Brutalität sollten Straußens Auftritte gesichert werden.



Aber verrechnet! In und vor der Halle waren die Gegner des neuen starken Mannes aufmarschiert und vertraten ihre Losung: Stoppt Strauß!

am Protest beteiligt. Und es waren keineswegs nur junge Leute.

Wollte man auf den Platz, der einer Polizeifestung glich, mußte man zunächst durch eine lange Gasse von Polizei und Ordnern, mußte sich in die Tasche sehen lassen, wurde

teilweise durchsucht usw.! Ganz egal, ob jung oder alt, Mann oder Frau, in Jeans oder im Anzug, jeder war dran. „Das ist ja wie bei der Gestapo“, war eine öfters gehörte Bemerkung, die gerade ältere Leute in ihrer Empörung machten. Sie betonten in Ge-

sprächen, daß sie dies alles sehr an längst vergangene Jahre erinnere. Auf diese Art und Weise wurde auch einiges an Trillerpfeifen usw. beschlagnahmt — Antifaschisten mit Transparenten und Stöcken wurden nicht durchgelassen.

Trotz allem wehten auf dem Platz binnen kurzem die Transparente, waren Trillerpfeifen zu sehen und Trillerpfeifen zu hören. Fehlten die Stöcke, wurden halt etwas leichtere Leute von kräftigen auf die Schultern genommen. Oder man half sich gegenseitig aus. Überall war die Parole „Stoppt Strauß“ zu sehen. Wer nichts dabei hatte, improvisierte. So spießten einige Demonstranten die Wurfzettel, die kurz zuvor in die Menge gestreut worden waren, auf ihre Regenschirme, um sie hoch zu halten: „Stoppt Strauß!“ Auch die Fahnen der Partei und der Roten Garde waren auf dem Platz zu sehen. In der Menge tauchte plötzlich ein Megaphon auf, das ebenfalls den wachsamsten Augen entgangen war. Ein Ordner gab seine eifrigen Versuche, es zu kriegen, angesichts der entschlossenen Haltung der ihn umgebenden Demonstranten schnell auf. Besonders Beifall erhielt das Transparent der Initiative gegen Reaktion und Faschismus, das eine Karikatur von Strauß abbildete, mit Lederhose, MP und der Parole „Stoppt Strauß, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“.

Kaum begann die Kundgebung, brach ohrenbetäubender Lärm aus. Selbst die extra für diesen Fall aufgebaute 1000-Watt-Anlage konnte nicht verhindern, daß auf weiten Teilen des Platzes die Rede nicht zu verstehen war. An diesen Rufen, an den Parolen wie „Strauß raus aus dem Revier“, „Nazi Strauß“ beteiligten sich auch sehr viele ältere Kollegen. Eineinhalb Stunden hielt Strauß seine vorbereitete Rede — der Protest flaute die ganze Zeit nicht ab. Zu hören war seine Rede lediglich an der Stelle, wo die Presse stand, sowie im hinteren Teil des Platzes, wo weitere Lautsprecher aufgebaut waren.

Angeichts der großen Menschenmenge sah die Polizei anscheinend keine Möglichkeit, die Antifaschisten zu isolieren und wagte es nicht einzugreifen. Nach Abschluß der Kundgebung hielt die Initiative gegen Reaktion und Faschismus eine Kurzkundgebung ab, in der sie noch einmal auf die drohende Gefahr, die von der Strauß'schen Kandidatur ausgeht, auf die zunehmende Faschisierung hinwies und dazu aufrief, sich in einer Front gegen Reaktion und Faschismus zusammenzuschließen, was von den ca. 1500 noch Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Abschließend rief die Initiative dazu auf, in dem Kampf nicht zu erlahmen und auch nach Bochum zu fahren, wo Strauß am gleichen Abend ebenfalls eine Kundgebung — diesmal im Saal — abhielt.

Viele folgten dieser Aufforderung, und so sah man sich binnen kurzem vor der Ruhrlandhalle in Bochum wieder. In Bochum hatte die CDU in ihrer Angst, ähnliche Niederlagen wie in Essen oder Köln hinnehmen zu müssen, ebenfalls

gründlich Vorsorge getroffen, daß Strauß relativ ungehindert seine Hetztiraden loswerden konnte. In der Halle war die Situation für sie natürlich günstiger. Sie hatten dafür Sorge getragen, daß die „Jubler“ in der Mehrzahl waren.

So sah man auch hier CDU-Busse aus den verschiedensten Städten. Für CDUler war schon eher Einlaß. Sie kamen mit Eintrittskarte und Mitgliedsausweis in die Halle. Als die Halle dann allgemein zugänglich gemacht wurde, kam nur noch ein relativ kleiner Teil von Protestierenden hinein. Die Mehrzahl blieb vor der Tür. Auch hier das gleiche empörende Bild — jeder wurde abgetastet und durchsucht — selbst CDU-Leute, die dann allerdings auch sehr verärgert waren. Dennoch gelang es einigen, Transparente mit hineinzunehmen.

Ungefähr 300 Antifaschisten waren in der Halle. Ihnen gelang es zwar nicht, Strauß zum Abbrechen seiner Rede zu zwingen, aber auch sie organisierten einen machtvollen Protest mit Sprechchören, Pfiffen usw. Die Ordner — und auch Polizisten — versuchten verzweifelt, „Störer“ zu entfernen, was ihnen aber bei den festgefühten Gruppen nicht gelang. Wo sie allerdings einzelne Personen erwischen konnten, wurden diese übel zugerichtet. Zwei Transparentträger, die alleine nach vorne gegangen waren, wurden brutal in die Zange genommen.

Vor der Halle hatten sich sowohl CDU-Anhänger — allerdings in der Minderzahl — als auch sehr viele Antifaschisten gesammelt. Sie hielten, trotz der Tatsache, daß sie vor der Halle Strauß nicht direkt ihre Meinung sagen konnten, über zwei Stunden die Stellung. Mit Pfiffen, Sprechchören und Transparenten brachten sie ihren Protest zum Ausdruck. Die bürgerliche Presse verschwiegen diesen Protest überhaupt ganz. Das, obwohl es Tausende von Menschen waren, die sich auf dem Vorplatz aufhielten.

Ein großer Teil der Antifaschisten hatte sich um das Transparent der antifaschistischen Initiativen gesammelt und stimmte immer wieder, wenn sich Ermüdungserscheinungen zeigten, aufs neue Sprechchöre und Parolen an. Ziemlich zu Schluß ereignete sich ein Zwischenfall: Vier hartnäckige Straußfans versuchten, der Initiative das Transparent zu entreißen. Sie starteten einen Überraschungsangriff. Dies wurde aber von den Umstehenden verhindert, und die vier konnten froh sein, daß sie schnell genug wegstiegen.

Auch hier wurde zum Abschluß eine kurze Kundgebung gehalten, in der dazu aufgerufen wurde, sich in der Front gegen Reaktion und Faschismus zusammenzuschließen.

Auch in Bochum und Herne hat also die Bevölkerung Strauß eine Abfuhr erteilt! Die Ereignisse eine Woche zuvor hatten also nicht, wie Presse und SPD den Antifaschisten einreden wollten, die Strauß-Gegner abgeschreckt. Im Gegenteil. Sie haben den Kampf gegen Strauß gestärkt.

Strauß als Gastredner

Militaristische Propaganda beim Raumfahrt-Kongreß

MÜNCHEN. — Am 17. September wurde in München der 30. Raumfahrtkongreß der Internationalen Astronautischen Föderation (IAF) eröffnet. Als Gastredner bei der Eröffnung sprach auch Franz Josef Strauß, der seinen Auftritt zu einer großen Propagandarede nutzte.

Während der Präsident der gastgebenden Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt, Professor Brüning von der Technischen Universität München, Tatsachen über die Raumfahrtindustrie mitteilte, malte Strauß seine Art von Zukunftsvision an die Wand.

Brüning gestand ein, daß mehr als drei Viertel der Gelder für Raumfahrt für militärische Zwecke verwendet werden. In diesem Jahr waren von 147 gestarteten Satelliten mehr als 100 militärischer Art. Seine IAF, gab Brüning zu, habe nicht versucht, diese Entwicklung in anderem Sinn zu beeinflussen.

Strauß dagegen verlangte eine Verstärkung der deutschen Luft- und Raumfahrt, also eben der Industrie, die zu 75 Prozent militärisch ist. In Bayern, so tönte er, mache diese Branche die Hälfte ihres Gesamtumsatzes in der ganzen Bundesrepublik. Es sei unerträglich, so meinte er, daß sie insgesamt nur 4 Prozent des westdeutschen Bruttosozialprodukts erwirtschaftete. Hier habe die Bundesrepublik einen großen Nachholbedarf!

So nutzte Strauß diesen „wissenschaftlichen“ Kongreß zur Propaganda für die Verstärkung der Kriegswirtschaft.

Minister Baum der Lüge überführt

Verfassungsschutz berichtet Unternehmern

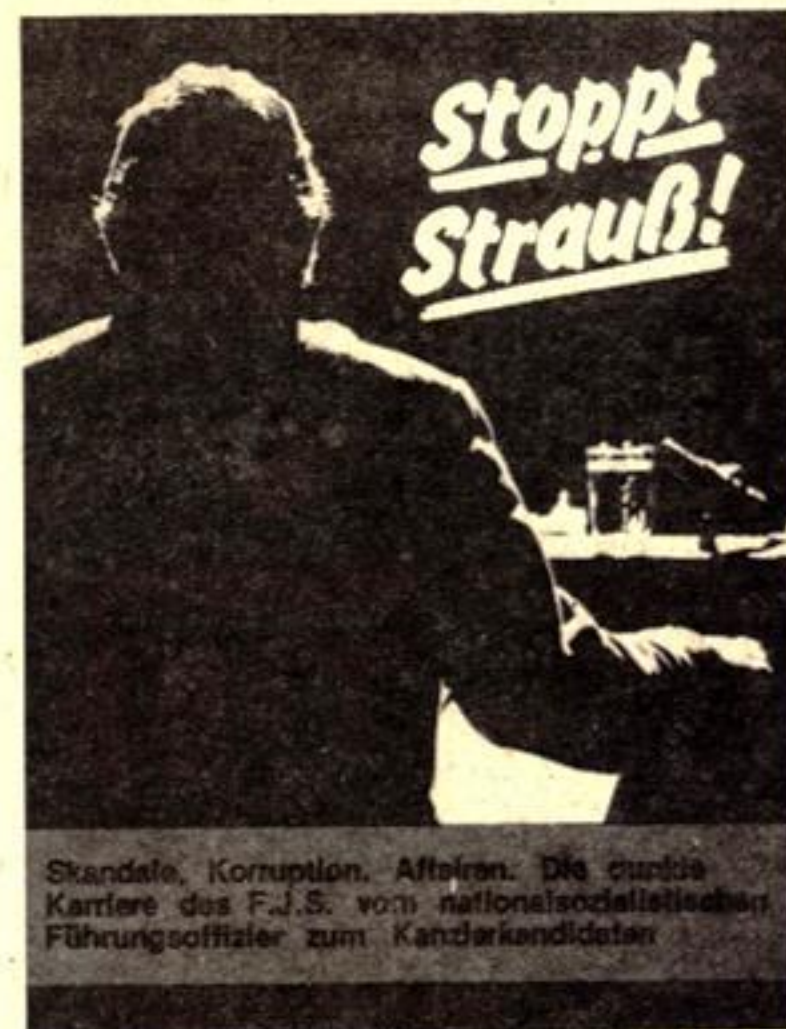
KOBLENZ. — Nur wenige Tage nachdem Innenminister Baum behauptet hatte, aus der systematischen Bespitzelung der Betriebe durch den Geheimdienst würden keine Informationen an die Unternehmer gegeben, wurde er durch neue Nachrichten in aller Öffentlichkeit der Lüge überführt.

Es wurde bekannt, daß die Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums von Rheinland-Pfalz der Blechwarenfabrik Züchner GmbH Informationen zukommen ließ: Einer ihrer Beschäftigten sei — angeblich — Mitglied des KBW.

Die Firma hatte nach einem verlorenen Arbeitsgerichtsprozeß beim Verfassungsschutz nachgefragt. Der Ministerialbeamte Stinshoff antwortete, es lägen Erkenntnisse über eine

Mitgliedschaft im KBW vor. Zwar könne man aus rechtlichen Gründen keine weitergehenden Auskünfte erteilen, aber seine Behörde sei bereit, sich vor dem Landesarbeitsgericht zu äußern, wenn darum gebeten wird!

Damit hat der Geheimdienst bereits alle nötigen Informationen für eine politische Entlassung gegeben. Das Auftreten vor Gericht soll dem Ganzen noch den Anschein der Gesetzmäßigkeit geben.



Skandale, Korruption, Affären. Die dunkle Karriere des F.J.S. vom nationalsozialistischen Führungsoffizier zum Kanzlerkandidaten

Eine interessant, aufschlußreiche Broschüre über Strauß. Sie behandelt die dunkle Karriere des F.J.S. vom nationalsozialistischen Führungsoffizier zum Kanzlerkandidaten, seine Skandale, Korruptionen und Affären... Die Broschüre enthält die im Roten Morgen erschienenen Artikel der Strauß-Serie.

Preis 2,- Mark
Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Stoppt Strauß!

Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!



...nahm er seine gewohnte Pose ein: „Schweine, roter Pöbel, Gehirnamputierte, Terroristen — wir werden aufräumen!“

Zu Gast beim Rotterdamer Streikkomitee

Hamburger RGO-Kollegen berichten

Seit Mittwoch, den 22. August, streiken die Rotterdamer Hafenarbeiter. Wir Hamburger Hafenarbeiter haben erst nach einer Woche von diesem Streik erfahren. Doch schon am nächsten Tag wurde ein RGO-Flugblatt im Hafen verbreitet, um die Kollegen zu informieren und zur Solidarität aufzurufen.

Dann kam uns die Idee, selbst nach Rotterdam zu fahren. Es gelang uns, die Telefonnummer des „Aktionskomitees der Rotterdamer Hafenarbeiter“ herauszufinden. Wir riefen an und verabredeten uns für Sonntag, den 2. September um 11 Uhr am Afrikaanspleins im Süden Rotterdams. Das Haus am Afrikaanspleins 3 ist das Streiklokal der Rotterdamer Hafenarbeiter.

arbeiter sind Pendler, ein Umstand, der die Kommunikation sehr erschwert. Darum spielt die Presse beim Streik eine große Rolle, denn der Gewerkschaftsapparat hat die Kollegen im Stich gelassen. Presseerklärungen des Aktionskomitees werden im vollen Wortlaut von allen Zeitungen veröffentlicht.

Seit 13 Monaten herrscht bei den Hafenarbeitern in den Niederlanden ein tarifloser Zustand. Neun Monate lang haben die Unternehmerverbände jedes Gespräch abgelehnt. Das Aktionskomitee hat die ganze Zeit in der Gewerkschaft darum gekämpft, daß ein annehmbarer Tarifvertrag ausgehandelt wird, aber erst im Mai dieses Jahres waren die Hafenkapitalisten gesprächsbereit.

tag, den 4. September, stellte das Aktionskomitee ein Ultimatum.

Diese Streikaktion hat eine große Bedeutung: denn es gibt seit sieben Jahren ein staatlich verordnetes Nullwachstum der Löhne. 30 000 Gulden im Jahr sind als Durchschnittseinkommen vom „Sozialökonomischen Rat“ festgesetzt worden. Dieser entspricht der westdeutschen Konzentrierten Aktion, ist zu gleichen Teilen aus Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Gewerkschaften zusammengesetzt. Beschlüsse dieses Rats führten bereits 1970, 1976 und 1977 zu Streiks. Der jetzige Streik ist der erste, der sich gegen die Mäßigungspolitik der neuen Regierung richtet. Ein Erfolg würde mit Sicherheit landesweite Aktionen nach sich ziehen.

Der Streik wird ausschließlich durch Spendensammlungen und Unterstützungsaktionen getragen. Dafür ist das Solidaritätskomitee zuständig, eine Unterabteilung des Aktionskomitees. Die Kollegen berichten, daß es niemand gibt, der nicht spendet, wenn er gefragt wird. Ein Zahnarzt spendete 10 000 Gulden. Die Belegschaft eines Textilwerks in Twente sandte ihre Spende in einem geldgefüllten Pappschiff.

Ob es Auseinandersetzungen mit der Polizei gäbe, fragen wir. „Sie verhält sich sehr zurückhaltend“, wurde geantwortet. Aber der Ablauf des Ultimatums kann das schnell ändern. Beim Streik von 1970 wurden über 500 Prozesse gegen streikende Kollegen begonnen, und erst nach sehr starken Protestbewegungen allmählich sang- und klanglos wieder eingestellt.

Nachdem unser Gespräch beendet ist, macht ein Tallymann mit uns noch eine Rundfahrt durch den Hafen, wo wir mit vielen Kollegen, die Streikposten stehen, reden. Alle freuen sich, daß wir da sind. Wir versprechen zu tun, was wir können, um sie zu unterstützen.

Was hat uns am meisten beeindruckt? — Ohne Zweifel das Aktionskomitee selbst. Es entstand durch den Zusammenschluß von allen sieben im Hafen politisch arbeitenden Organisationen. So wurde praktisch eine überparteiliche Kampforganisation geschaffen, die überall im Hafen große Unterstützung findet. Vertreter der einzelnen Betriebe bilden dieses Komitee, jeder Betrieb hat mindestens zwei Delegierte. Wir haben den Eindruck, daß das Aktionskomitee den Vorstellungen sehr nahe kommt, nach denen auch die RGO entstanden ist. Wir werden die Verbindung weiter ausbauen.

VERANSTALTUNG DER GFA in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift Linkskurve

In Anwesenheit der albanischen Mesedelegation, ein albanischer Vertreter spricht, 13. Oktober 1979, 19 Uhr (Vorprogramm ab 17 Uhr)
Haus Riederwald
Max-Hirsch-Str. 34
Frankfurt/Main



Durch Thalliumeinwirkung entlaubte Bäume vor dem Zementwerk Dyckerhoff in Lengerich. Seit Jahren stoßen die Schloten dieses Werks hochgiftigen Thalliumstaub aus — pro Jahr eine Tonne.

Thallium in Lengerich

Viele Bauern stehen vor dem Ruin

Korrespondenz aus Lengerich

LENGERICH. — Am 10.9.79 fand die erste Versammlung der Interessengemeinschaft statt, die sich nach Bekanntwerden des Thalliumskandals in Lengerich gegründet hat. Fast 100 Bürger kamen, um sich zu informieren und Fragen zusammenzutragen. Dabei kamen weitere wichtige Einzelheiten heraus.

solle doch keine Panik machen. Als sie sich darüber empörte, wurde ihr nur gesagt, sie solle abwarten.

Einem Mann, dem mehrere Hühner kurz nacheinander eingegangen waren, wurde der sofortige Besuch eines Veterinärmediziners vom Gesundheitsamt zugesagt. Er wartet seit einer Woche...

nicht zu heilen war, die nun plötzlich verschwindet, seit die Öfen kein Thallium mehr ausstoßen, usw., usw...

Aber nicht nur die Gesundheit ist gefährdet, viele Bauern stehen vor dem Ruin, sie können ihre Ernte nicht verkaufen und sich daher auch kein neues Saatgut leisten. Abgesehen mal von der Tatsache, daß der Boden thalliumverseucht ist und daher auf Jahre wahrscheinlich nicht bestellt werden kann. Thallium baut sich nur sehr, sehr langsam ab.

Weiterhin wurde berichtet, daß überhaupt nicht gesichert ist, daß Thallium nicht mehr verwendet wird. Arbeiter des Werkes hätten berichtet, es würde weiterverwendet, bloß anders dosiert. Bisher waren pro Tag 60 000 Kilogramm Staub abgeblasen worden, davon ca. 50 Milligramm Thallium pro Kilogramm, das sind pro Jahr 1 Tonne Thallium — genug, um 1 Million Menschen zu töten.

Man sollte meinen, daß Dyckerhoff stillgelegt worden wäre, daß kostenlose Reihenuntersuchungen stattgefunden hätten, daß die Bevölkerung über das wahre Ausmaß der Vergiftungen aufgeklärt worden wäre — nichts dergleichen. Obst und Gemüse kann zu den Sammelstellen gebracht werden — ärztliche Untersuchungen müssen aus eigener Tasche bezahlt werden: 92 Mark pro Person. Die Interessengemeinschaft wird sich um den weiteren Zusammenschluß der Bürger bemühen, wird Aufklärungsarbeit leisten und den Betroffenen helfen, ihre berechtigten Ansprüche durchzusetzen. Dazu war diese erste Veranstaltung ein guter Anfang.



Veranstaltung der Interessengemeinschaft mit 100 Teilnehmern in Lengerich.

Die Interessengemeinschaft hatte verschiedene Wissenschaftler und Umweltschutzinstitute angeschrieben und so erfahren, daß es zum Beispiel ziemlich nutzlos ist, Gemüse und Obst vor dem Verzehr abzuwaschen, wie es der Gemeinde- und der Stadtdirektor in einem Brief der Bevölkerung geraten hatten (s. RM 36), da Thallium zu zwei Dritteln von den Pflanzen durch die Wurzeln aufgenommen wird. Der Verzehr von Obst und Gemüse ist also keineswegs unbedenklich; diese Aussagen sind gefährlich und dienen nur der Verharmlosung.

Einem anderen, dem samstags einige Kaninchen eingegangen waren, wurde geraten, die Tiere einzufrieren und dann in der nächsten Woche mal vorbeizuschauen. Früher hieß es dazu immer, das wäre nur die Kaninchenpest, heute, da die Leute den wahren Ursachen auf der Spur sind, werden sie auf andere Art vertriebt und hingehalten.

Weitere Beispiele wurden gebracht: Tiere wurden tot geboren, ohne Haare; Viehzeug ging ein; Leute litten jahrelang an Bronchitis, die auch mit schwersten Medikamenten

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“

- ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name:

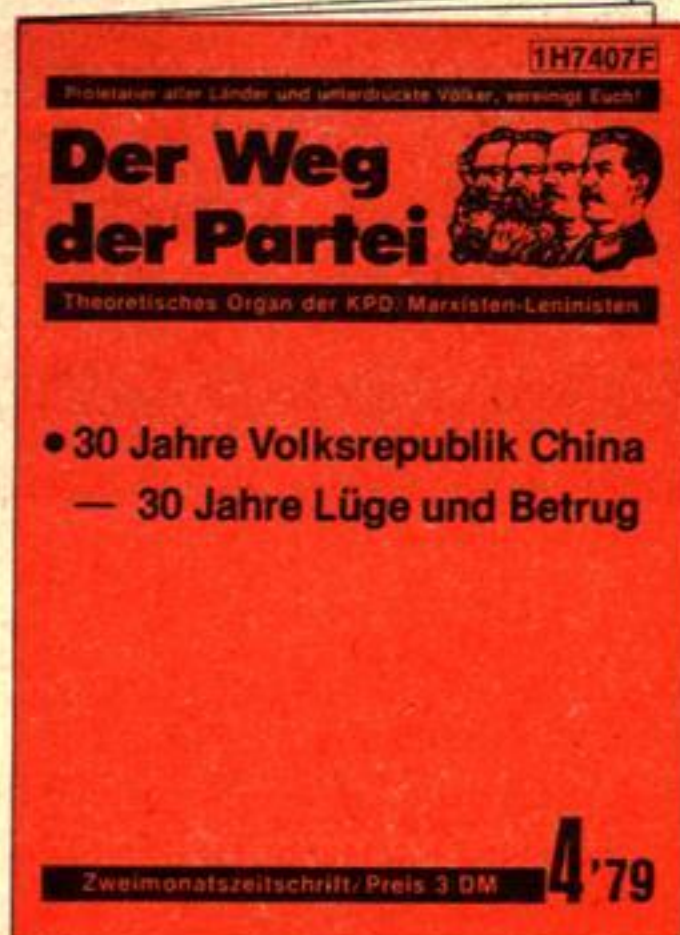
Straße:

Pfz/Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Neu erschienen



Bestellungen an:
Verlag Roter Morgen GmbH
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30.

HAMBURG. — „Da gibt es zwei Labors, das sind die reinsten Bruchbuden, gegen die ist das Horrorkabinett des Dr. Mabuse ein gemütlicher Salon.“ Das sind die Worte eines Augenzeugen zu den skandalösen Giftgasfunden auf dem Firmengelände des Chemie-Werks Stoltzenberg in Hamburg-Eidelstedt. Da haben jahrzehntelang Kampfgase völlig ungesichert auf einem Hamburger Hinterhof gelagert, die ausreichen würden, einen Großteil der Hamburger Bevölkerung auszulöschen.

Giftgaskandal in Hamburg

Weg mit chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden

Die bislang brisanteste Entdeckung: In einer vernagelten Toilette wurden acht Granaten gefunden, die mit je 1,5 Kilogramm Tabun gefüllt waren. Tabun, das zusammen mit Sarin und Soman gegen Ende des letzten Weltkrieges als Geheimwaffe Hitlers von der IG Farben entwickelt wurde, ist eines der giftigsten Nervengase überhaupt. Ein Kilogramm reicht aus, um 200.000 Menschen zu töten.

„Einatmen und der Mensch ist tot!“

Das sind die Worte des fassungslosen stellvertretenden Chefs der Hamburger Berufsfeuerwehr, Maximilian Puchner, über die Entdeckung des furchtbaren Nervengiftes. Eine explodierende Tabun-Granate würde einen Umkreis von 80 Kilometer verseuchen. Nachdem die Kampfgasfunde auf dem Firmengelände in Eidelstedt schon Entsetzen nicht nur bei der unmittelbar betroffenen Bevölkerung hervorgerufen haben, wird die Öffentlichkeit mit einer weiteren Schreckensmeldung konfrontiert. Die Chemiefirma „Dr. Hugo Stoltzenberg“ hat weitere vier Betriebsstätten in Hamburg, eine Filiale befindet sich in Westberlin.

cher des Kriegsministeriums zugeben. Zwischen der Firma Stoltzenberg und der Bundeswehr soll es zwischen 1957 und 1963 Geschäftsverbindungen gegeben haben, und noch im Jahre 1966 habe man -zig Kilogramm Stickstofflöss erworben. Es ist schon bemerkenswert, daß Bonn sich unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen sieht, die Verwendung von Kampfgas zuzugeben. Doch allein die Geschäftsverbindungen zur Firma Stoltzenberg waren erheblich umfangreicher. Und man kann sicher sein, daß Stoltzenberg nicht der einzige Geschäftspartner der Bundeswehr in Sachen Kampfgas gewesen ist.

Im folgenden eine kleine Auswahl von Instituten, wo die Erforschung und Weiterentwicklung biologischer und chemischer Kampfstoffe systematisch betrieben wird:

- Institut für Aerobiologie in Graftschaff/Sauerland;
- Institut für angewandte Mikroskopie, Photographie und Kinematographie der Frauenhofer-Gesellschaft e.V. in Karlsruhe;
- Institut für hygienisch-bakteriologische Arbeitsverfahren der Frauenhofer-Gesellschaft e.V. in München;

Helmut Schmidt deckt illegale Kampfstoffproduktion

Der damalige Kriegsminister Schmidt richtete am 5. Februar 1970 folgendes Schreiben an Bayer-Leverkosen:

„In den vergangenen Jahren, insbesondere auch in letzter Zeit, ist verschiedentlich der Vorwurf erhoben worden, daß die Farbenfabrik Bayer AG, Leverkusen, sich angeblich auf dem Gebiet der Forschung und Produktion von Kampfstoffen betätigt. Hiermit bestätige ich Ihnen ausdrücklich, daß das Bundesverteidigungsministerium oder seine angeschlossenen Dienststellen Bayer und auch der übrigen chemischen Industrie in der Bundesrepublik keinerlei diesbezüglichen Aufträge erteilt hat oder zu erteilen gedenkt.“

Das ist gleich eine doppel-

te Lüge. Erstens werden heute selbst vom Kriegsministerium Geschäftsverbindungen zur Hamburger Chemiefirma Stoltzenberg zugegeben; zweitens arbeitete Hitlers Kampfgasspezialist Dr. Schrader als Leiter des wissenschaftlichen Laboratoriums für Pflanzenschutz der Bayer AG Wuppertal-Elberfeld an der Weiterentwicklung von chemischen Kampfstoffen. Noch 1955 reichte er für die Bayer AG einen Patentantrag für einen neuen Kampfstoff ein, der noch fünfmal giftiger als Soman ist. Es ist nur schwer vorstellbar, daß die Bayer AG diese kapitalintensiven Forschungsarbeiten ohne Auftrag und Finanzierung des Kriegsministeriums durchgeführt hat.

Leuschner muß hinter Gitter

Der Eigentümer der Chemiefirma Stoltzenberg, Stoltzenbergs früherer Prokurist Leuschner, ist unmittelbar verantwortlich für die Herstellung von Kampfgas und für die vollständig ungesicherte Lagerung von Hunderten von Tonnen Munition, Nebelkerzen, Chemikalien und Nervengas. Leuschner ist unmittelbar verantwortlich für den Tod des kleinen Oliver Thomas, der beim Experimentieren mit chemischen Stoffen, die er auf dem Firmengelände gefunden hat, durch eine Explosion zerrissen wurde. Jetzt mußte es auch ein Spre-

- Fachausschuß für Aerosolfragen der Frauenhofer-Gesellschaft e.V. in München;

Der Mikrobiologe Dr. Petras, Leiter des erstgenannten Institutes, setzte sich 1968 in die DDR ab. Dort erklärte er auf einer Pressekonferenz: „Es wurde zum Beispiel mit VX-Stoffen gearbeitet. Wir haben gesehen, wie Tiere, die nur einen Tropfen dieser Substanz auf die Haut appliziert bekamen, sofort tot umgefallen sind. Noch giftiger sind die neuen Botu-Linix-Toxine, mit denen ich arbeiten sollte. In der BRD arbeiten außer dem Graf-schafter Institut noch eine ganze Reihe weiterer Stellen an der ABC-Waffenforschung. Auftraggeber ist für alle das

Bundesverteidigungsministerium“ (Hervorhebung von uns, Red.)

Die offizielle Erklärung, die damals ein Sprecher des Kriegsministeriums nach längerem Zögern abgab, unterscheidet sich kaum von den Erklärungen, die anlässlich des Hamburger Giftskandals aus Bonn zu hören sind. In der Tat habe man chemische Kampfstoffe entwickeln lassen; das sei aber ausschließlich zur Entwicklung von Schutzmaßnahmen geschehen.

Und als im August 1969 die Mannheimer Bevölkerung wegen der Lagerung von chemischen Kampfstoffen der amerikanischen Besatzer auf die Barrikaden ging und Aufklärung aus Bonn verlangte, speiste sie der Staatssekretär des damaligen Kriegsministers Helmut Schmidt mit folgenden Erklärungen ab: „Ich darf Sie darauf hinweisen, daß die Lagerung von C-Waffen im Rahmen der Bündnisverpflichtungen geschieht.“ Und wieder wies er auf den reinen Defensiv-Charakter der chemischen Waffen hin.

Den Massenprotest organisieren!

Am 9. August 1969 führte die Ortsgruppe Mannheim der KPD/ML eine vielbeachtete Demonstration in der Innenstadt durch. Unter anderem trugen die Genossen Transparente mit der Aufschrift: „Mannheimer! Fordert die totale Vernichtung des Giftgases!“

Genau das ist auch heute das Gebot der Stunde. Der Hamburger Giftgaskandal führt aller Welt vor Augen, daß der Bonner Staat ungeachtet gegenteiliger völkerrechtlicher Verpflichtungen an der Weiterentwicklung von chemischen Kampfstoffen arbeitet, die bereits in den ersten beiden Weltkriegen Hunderttausenden Soldaten an allen Fronten einen schrecklichen Tod gebracht hat. Daß Bonn dabei mit solch verbrecherischen Elementen wie Stoltzenberg und Leuschner zusammenarbeitet, zeigt um so deutlicher, daß ihnen bei der Verfolgung ihrer aggressiven Interessen jedes Mittel recht ist, daß sie die unmittelbare Gefährdung des Lebens einer Millionenstadt ohne mit der Wimper zu zucken in Kauf nehmen.

Das muß in aller Öffentlichkeit klargemacht werden. Dem Entsetzen und der Empörung der westdeutschen Werktätigen müssen Massenprotest und Kampfkaktionen folgen. Organisieren wir den Kampf gegen die verbrecherische Politik der Bonner Herren und ihrer Hamburger Gehilfen unter den Forderungen des Aktionsprogramms der KPD/ML:

Weg mit atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden!

Strenge Bestrafung der Verantwortlichen bis in die Etagen der Bonner Ministerien!

Die Verantwortung Bonns soll verschleiert werden

HAMBURG. — Von Oberbürgermeister Klose bis Oppositionsführer Echternach wird angesichts des größten Giftmüllskandals der Nachkriegsgeschichte große Betroffenheit gemimt. Letzte Woche hat die Hamburger Bürgerschaft auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen.

Staatsrat Rabel, dem die Aufgabe zugefallen war, die entsprechenden Akten der mit dem Fall Stoltzenberg befaßten Behörden durchzuarbeiten, erstattete am 18. September einen ersten mündlichen Bericht. Rabel bestätigte ausdrücklich, daß die Firma Stoltzenberg mit dem tödlichen Nervengift Sarin gearbeitet habe. Diese Information stamme aus den Prüfungsakten des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft. Dasselbe Bundesamt machte bereits im Oktober 1970 die zuständigen Hamburger Behörden auf den „primitiven und verwahrlosten Zustand“ der Firma Stoltzenberg aufmerksam.

Aus einer weiteren Stellungnahme von Staatsrat Rabel geht hervor, daß sämtliche mit dem Fall befaßten Kommunalbehörden über den Zustand der Firma Stoltzenberg im Bilde waren. „Generell wurde die

Firma Stoltzenberg als unordentlich und chaotisch eingeschätzt. Ihre Schlampigkeit ist in jedem Bericht nachgewiesen.“

Allein diese wenigen Tatsachen beweisen, daß die zuständigen Behörden, die Spitzenpolitiker des Hamburger Senats, das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft und vor allem das Bonner Kriegsministerium im vollen Umfang über den verbrecherischen Umgang mit tonnenweise todbringenden Giften informiert waren.

In schöner Regelmäßigkeit wurden neue Erkenntnisse in wahrhaft preußischem Beamtenfeier registriert und abgeheftet. Damit war der Fall erledigt. Keine einzige amtliche Stelle dachte auch nur im Traume daran, gegen die kriminellen Lagerungsmethoden des Firmenbesitzers Leuschner vorzugehen.

„Die starben dahin und dachten, es sei eine neue Krankheit, die ihnen der Himmel geschickt hat, und dabei war es Kampfstoff aus meiner Fabrik.“

Dr. Stoltzenberg über die Wirkung seiner Erzeugnisse, die zur Bekämpfung von Eingeborenenaufständen in den spanischen Kolonien eingesetzt wurden.

Das bereits jetzt vorliegende Material würde ausreichen, die ehmaligen Kriegsminister Strauß, von Hassel und Schmidt auf die Anklagebank zu bringen. Denn die Gier der Bonner Herren nach chemischen Vernichtungswaffen ist der Hauptgrund, daß Verbrecher wie Stoltzenberg und Leuschner überhaupt in unserem Land ihr Geld verdienen können. Der Hamburger Volksmund hat zur hektischen Aufklärungsarbeit der Behörden die richtige Antwort parat: „Irgend so'n kleinen Beamten, den werden sie schon an 'nen Kragen kriegen.“

1928 in Hamburg



Arbeiter-Illustrierte-Zeitung, 1928, Nr. 23

Die bereits 1923 gegründete Chemiefirma Dr. Hugo Stoltzenberg hat eine lange und unruhliche Tradition, was die Produktion von chemischen Kampfstoffen betrifft. Dr. Stoltzenberg war nicht nur ein führender Kampfstoffexperte Hitlers, er hielt bereits im Mai 1928 die Weltöffentlichkeit in Atem. Da nämlich passierte das, was heute nur durch ein Wunder ausblieb. Ein ungenügend gesicherter Kampfgasbehälter mit dem Atemgift Phosgen explodierte. Obwohl der Wind die Gasschwaden über den relativ dünnbesiedelten Stadtteil Wilhelmsburg trieb, waren zehn Tote und über 300 zum Teil schwer Verletzte zu beklagen. Die Illustrierte Arbeiterzeitung veröffentlichte damals Bilder vom Unglücksort: Johannes R. Becher schrieb dazu einen Text, den wir auszugsweise abdrucken:

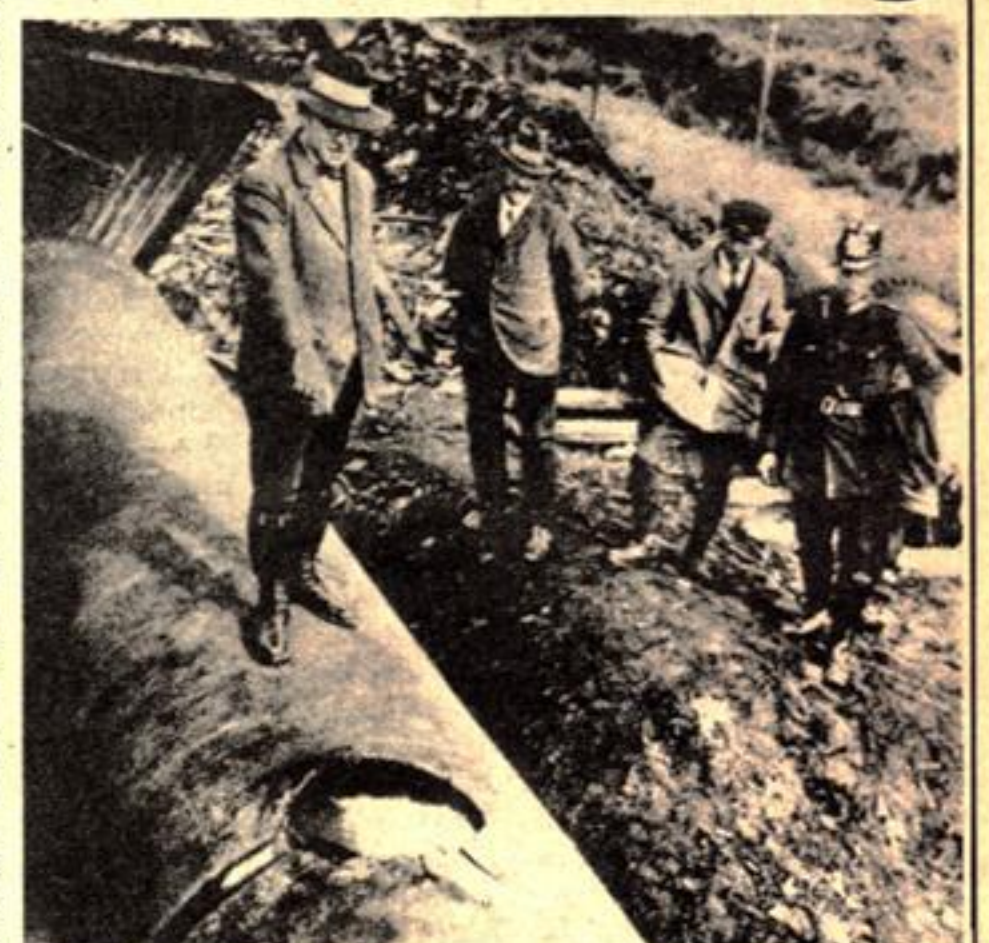


Mit Gasmasken ausgerüstete Arbeiter eilen den Verunglückten zu Hilfe



Das Fabrikgelände der Firma Stoltzenberg, von wo die Giftgaskatastrophe ihren Ausgang nahm. Links (mit einem x bezeichnet): das Boot, in dem zwei Angler die ersten Todesopfer des Phosgen wurden.

Giftgasexplosion bei Stoltzenberg



Der explodierte Phosgen-Tank mit dem aufgerissenen Loch, durch den das todbringende Gas ausströmte.

„Die neue Stufe der Kriegsführung ist der Gaskampf, ein Produkt der chemischen Technik, der hochentwickelten chemischen Großindustrie und der wissenschaftlichen Chemie: geboren aus der Zusammenarbeit von Offizier, Naturwissenschaftler und Techniker. (...)“

Der erste Gasangriff wurde am 22. April 1915 bei Ypern von den Deutschen ausgeführt. An diesem Tage entwickelte sich längs der deutschen Schützengräben eine schwere, gelblich-weiße undurchsichtige Nebelwand und zog mit einer Geschwindigkeit von zwei bis drei Metern in der Sekunde gegen die Stellungen der Franzosen und Engländer zwischen Langemark und Bixchotte. Die gelbliche Wolke wälzte sich erst auf der Erde dahin, stieg dann langsam etwa einen Meter hoch und traf auf einen Frontabschnitt, wo Turkos neben kanadischen Truppen lagen. Es gibt nur wenige Schilderungen von diesem ersten Gasangriff, denn nicht viele haben diesen „schwarzen Tag von Ypern“ überlebt.“

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zeri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbereitem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“.



Reisereportage
SVR ALBANIEN

„Der Schriftsteller bei uns ist mit dem Land und den Menschen eng verbunden“

Interview mit dem albanischen Schriftsteller Dritero Agolli Teil 2

„Bei uns stehen der Neuergeist und die Tradition nicht im Widerspruch“

RM: Wenn wir über nationale Besonderheiten der Literatur oder auch der Kultur im allgemeinen sprechen, dann stellt sich ja auch die Frage nach der besonderen kulturellen Tradition Albaniens. Nun hat Ihr Land ja auch auf diesem Gebiet unter der aufgezwungenen Rückständigkeit leiden müssen, man denke nur an den verbreiteten Analphabetismus. Was konnte denn aus jener Zeit der alten Unterdrückergesellschaft übernommen werden, und was wurde unter dem Sozialismus neu geschaffen?

Dritero Agolli: Es gibt einige Formen der Kunst, die erst nach der Befreiung entstanden, die sozusagen Kinder des Sozialismus sind. Früher hatten wir zum Beispiel überhaupt kein Filmwesen. Auch das Theater ist erst in der sozialistischen Gesellschaft entstanden; vor der Befreiung hatten wir nur Laienspiele. Jetzt werden bei uns im Jahr 14 Spielfilme für das Kino und acht für das Fernsehen gedreht. Wenn man einmal vergleicht: In Jugoslawien werden 17 Filme pro Jahr hergestellt, in Griechenland fünf, in China drei oder vier. Da stehen wir pro Kopf der Bevölkerung gerechnet also gar nicht so schlecht da. Und im Jahr 1981 werden wir schon 20 Kinofilme produzieren.

Es gibt noch einige Kunstrichtungen, die erst im neuen Albanien entstanden sind, die Oper etwa oder auch die symphonische Musik. Die Dichtkunst dagegen war schon früher sehr gut entwickelt. Sie hat eine lange und gute Tradition bei uns. Das gilt allerdings für die längere Prosa nicht. Da hat es auch wenig gegeben vor der Befreiung. Erzählungen hauptsächlich. Seit dem Bestehen der Volksmacht hat sich diese Gattung dann schwungvoll entwickelt. Gerade der Roman ist ja eine Kunstform, mit der ein breit angelegtes Bild des Lebens widergegebenwer-

den kann, und von daher ist der Roman auch eine Notwendigkeit für unsere Gesellschaft. In den sechziger Jahren haben wir pro Jahr einen Roman veröffentlicht, heute sind es jährlich schon zwanzig.

Alle Kunstgattungen entwickeln sich heute harmonisch in unserem Land; es gibt auch für alle Bereiche Schulen, in denen die Künstler ausgebildet werden. Vor der Befreiung hatte unser Volk zwar eine Kultur, aber es hatte keine Schulbildung. Damals hatten wir im ganzen Land nur 600 Schulen, aber 2700 Kirchen, Moscheen und Klöster. So war das Verhältnis: 600 Schulen und 2700 Horte der Finsternis. Dementsprechend gab es auch nur 1500 Lehrer, aber 5400 Priester und Hodschas [islamische Geistliche]. Heute dagegen haben wir 36000 Lehrer, wir haben 5700 Kulturhäuser, kulturelle Zentren, Bibliotheken. Wir Schriftsteller operieren ja nicht gerne mit Zahlen, aber diese Zahlen zeigen doch genug.

Wir haben noch viel zu tun. Wir müssen die schöpferischen Kräfte stärken, die Jugend erziehen, damit neue Talente entstehen, eine neue Generation, die sowohl qualitativ wie auch vom Umfang her die Kunst und Literatur weiterentwickelt. Eine gute Sache ist es, daß sich die Jugend auf die Tradition stützt. Bei uns stehen der Neuergeist und die Tradition nicht im Widerspruch. Wir verstehen beides als eine gemeinsame Front. Der Neuergeist ist die Vorhut, die vorderste Linie, die Tradition dagegen ist die Nachhut. So steht beides in Beziehung zueinander. Wenn der vorderen Linie die Nachhut entzogen wird, kann man sie leicht durchbrechen.

Es gibt natürlich auch Widersprüche zwischen der Tradition und dem Neuergeist. Aber das sind keine antagonistischen Widersprüche. Wenn man etwa die Tradition stark idealisiert, dann kommt man nicht gut voran. Man muß einiges von der Tradition auch negieren, um weiter voranzukommen. Es gibt ja eine dialektische Beziehung zwischen Tradition und Neuergeist. Was heute Neuergeist ist, wird morgen schon Tradition

sein. Goethe war zum Beispiel ein großer Neuerer, heute gehört er der Tradition an. Genauso verhält es sich auch mit unserem Dichter Naim Frashëri.

Auf dem 4. Plenum hat uns diese Frage auch beschäftigt. Einige Leute, die gegen die Partei waren, leugneten die Tradition. Alles, was aus dem Westen kam, nannten sie dagegen „Neuergeist“. Was haben sie damit gemacht? Sie haben sich mit der Strategie des heutigen Imperialismus vereinigt. So machen es die revisionistischen Parteien ja auch. Sie leugnen die marxistische Tradition und ernennen sich selbst zu Neuerern.

RM: Vielleicht können wir jetzt einmal über den „Kommissar Memo“ sprechen, der ja auch in Deutschland viele Leser gefunden hat. Zwei Dinge würden mich interessieren,

schaft. 80000 Lire, während eine bei der Regierung beschäftigte Schreibkraft 700000 Lire bekommt. Das ist doch ein Zeichen dafür, wie wenig Achtung man den Partisanen entgegenbringt.

Was jetzt den Kommissar und den Kommandanten aus meinem Roman betrifft, so wollte ich sie auch mit einer noch vor dem Befreiungskrieg liegenden Periode unserer Geschichte verbinden. Viele dieser Kommandanten schlossen sich der Meinung der Partei an, sie hatten auch vorher schon gegen das Zogu-Regime gekämpft. Sie hatten jedoch keine Führung. Die Partei zog sie zwar an, dennoch hatten sie viele Eigenarten, schlechte Eigenarten, denn sie waren an ein ungebundenes Leben gewöhnt.

Etwas anderes: Die Frage nach den zwei Helden ist natürlich berechtigt. In vielen

vielleicht können Sie sie etwas erläutern. Das ist einmal die Konstruktion des Romans. Er erzählt ja eine Geschichte aus dem Befreiungskampf. Die Erzählung verläuft jedoch nicht geradlinig, sondern sie ist in eine im heutigen Albanien spielende Rahmenhandlung eingebettet; die Erzählung selbst wird aus der Erinnerung der in dieser Rahmenhandlung auftretenden Personen rekonstruiert.

„Die Ideale der Partisanen bestehen weiter, und sie haben einen neuen Glanz erhalten“

Das zweite ist gerade das Problem des Helden, über das wir schon gesprochen haben. Mir scheint es, daß der „Kommissar Memo“ zwei gleichrangige Helden hat — was ja recht ungewöhnlich ist —, nämlich Memo, den Kommunisten, der als politischer Kommissar in die Partisaneneinheit kommt, und Rrapo, den Kommandeur, einen urwüchsigen Kämpfer, der alle guten Eigenschaften des Volkes verkörpert, aber auch schlechte Eigenschaften hat, zum Beispiel den Spontaneismus.

Dritero Agolli: Gut, sprechen wir über den „Memo“. Ich habe da zwar einige Schwierigkeiten, aber die hat man wohl immer, wenn man über sich spricht. Welches Ziel habe ich mit der Fabel, der Verbindung von heute und gestern gehabt? Ich wollte damit sagen, daß die Menschen, die damals kämpften, auch heute noch unter uns leben. Ihre Ideale bestehen weiter und sie haben einen neuen Glanz erhalten. Es ist kennzeichnend für unser Land, wie Sie ja sicher selbst gesehen haben, daß es hier viele Gedenksteine, Denkmäler gibt, mit denen die Gefallenen des Befreiungskampfes geehrt werden. Sie sind in unserem Land nicht vergessen.

Vor einiger Zeit war ich in Italien und bin dort zufällig einigen Veteranen des Befreiungskampfes begegnet. Sie bekamen die niedrigste Rente von allen Schichten der Gesell-

Romanen gibt es nur einen Helden, um den herum alles geschieht, das ist sozusagen das Normale. Wenn zwei Personen oder eine ganze Gruppe als Helden eingeführt werden, dann ist das in gewisser Weise auch eine Neuerung. Es hängt zusammen mit der Rolle der Massen in der Geschichte, die wir natürlich stark herausstellen.

Die Gestaltung des Kommandanten beruht zu einem großen Teil auf der unmittelbaren Realität. In der Gegend, die ich für Rrapo als Geburtsort angenommen habe, gab es viele wie ihn. Riza Korveli zum Beispiel; er war sehr tapfer und wurde Kommandant einer unserer Brigaden. Anfangs hat er drei oder vier Kommissare verjagt. Dann kam der Genosse Miska Treskat als Kommissar. Der Kommandant wollte auch ihn vertreiben, aber das gelang ihm nicht. Danach vertrugen sich die beiden, sie waren sehr beliebt im Volk. Wenn Briefe von der Partei kamen, vom ZK oder vom Bezirkskomitee, dann fragte Riza den Miska als erstes: „Na, was sagen sie über mich?“ Er nannte den Genossen Miska übrigens Sekretär und nicht Kommissar. „Was steht in dem Brief?“ fragte er, denn er konnte weder lesen noch schreiben. Miska sagte dann: „Wünsche für eine gute Gesundheit. Sie fragen, wie es dir geht und sagen: Überanstreng dich nicht, Onkel Riza“ usw. Der Kommandant sprach vor dem Bataillon, denn vom Kampf verstand er was. Er wußte, was zu tun war, und sprach auch sehr volkstümlich. Zum Schluß sagte er stets: „Was in der Welt los ist, über die Politik, da weiß der da Bescheid.“

Anfangs, als er Miska noch vertreiben wollte, so wie die anderen, weigerte sich Riza, Frauen ins Bataillon aufzunehmen. Da hat Miska seinen Revolver gezogen und gesagt: „Entweder du oder ich.“ Das hatte kein Kommissar zuvor getan — einfach den Revolver gezogen —, aber Riza fand das sehr tapfer. Er packte den Miska beim Kragen und sagte: „Gut, so mag ich den Kommissar.“

RM: Dieser Rrapo erinnert mich an bestimmte Figuren aus sowjetischen Romanen, zum

Beispiel den Tschapajew aus dem gleichnamigen Roman von Furmanow; dort ist allerdings das Verhältnis zwischen Kommissar und Kommandanten etwas statisch. Es gibt keine Entwicklung so wie im „Memo“.

Dritero Agolli: Ein interessantes Buch, aber der Film ist besser. Es war ein wirklicher Neuererfilm. Ich habe übrigens auch den Kommissar in meinem Roman nach wirklichen Vorbildern gestaltet. Er hat einige Züge von dem wirklichen Memo, ist aber nicht mit ihm identisch. Einige Dinge sind natürlich auch allgemein für alle Kommissare dieser Periode, das Verhalten dem Volk gegenüber, die Verteilung des Salzes usw.

„Die Massen eignen sich die Produkte der Literatur und Kunst nicht nur an, sie schaffen sie auch unmittelbar selber“

RM: Wie entsteht denn im sozialistischen Albanien, wo es keinen Elfenbeinturm für die Künstler gibt, ein Roman? Welchen Anteil haben die Massen daran?

Dritero Agolli: Zunächst einmal ist die schöpferische Arbeit eine individuelle Arbeit, bei uns wie überall auf der Welt. Natürlich hat die Literatur als Produkt des Menschen

über Jahrhunderte so gute Dienste erwiesen hätte, wäre es auch längst außer Gebrauch gekommen, vergessen. Wenn wir sagen, die Massen eignen sich die Kunst an, so heißt das eben auch, daß sie diese Kunst lebendig halten. Bei uns im wahren Sozialismus ist diese Beziehung aber noch weiter entwickelt. Die Massen eignen sich die Produkte der Literatur und Kunst nicht nur an, sie schaffen sie auch unmittelbar selber. Es gibt eine sehr breite Bewegung des künstlerischen Schaffens in unserem Volk.

Wir haben sehr viele Romane, die den Befreiungskrieg behandeln — „Der General der toten Armee“, den „Kommissar Memo“ oder „Vor Sonnenaufgang“ von Shevqet Musaraj, „Ein stürmischer Herbst“ von Ali Abdi-hoxha und viele andere. Es hat aber auch eine ganze Reihe von solchen Romanen gegeben, die in Vergessenheit geraten sind. Sie waren eben kein Produkt der Massen.

„Der Schriftsteller bei uns ist wie ein Seismograph, er kennt den Puls der Gesellschaft ganz genau, spürt alle ihre Erschütterungen“

Der Schriftsteller bei uns unterscheidet sich sehr von dem in der bürgerlichen Welt. Er ist



„Die Stimme der Massen“, so nannte der Maler Sali Shllaku dieses Gemälde. Er schuf es, nachdem eine Gruppe Arbeiter ihn in seinem Atelier besucht hatte, um sein Werk zu besichtigen und zu begutachten.

gesellschaftlichen Charakter, denn sie entsteht nicht aus dem Nichts, aber sie ist individuell aufgrund der Natur der Arbeit. Die Aneignung der Kunst geschieht durch die Massen. Wir sagen, daß die Kunst den Massen gehört, und wir verstehen darunter, daß diejenige Kunst, die sich die Massen nicht aneignen, auch keine wirkliche Kunst des Volkes ist. Auch Goethe und Schiller sind ein Produkt der Massen, ihre Werke sind in gewisser Weise auch Schöpfungen der Massen. Wenn das nicht so wäre, wären diese Werke längst verschwunden, vergessen wie so vieles vergessen wurde.

Das ist wie mit dem Beil, das man zum Holzfällen benutzt. Das ist auch ein Produkt des Menschen. Wenn wir das Beil benutzen, sehen wir natürlich nur das Werkzeug, nicht aber die Menschen, die es hergestellt haben. Und wenn dieses Beil den Massen nicht

kein seltenes Exemplar, kein Mensch, der abseits und abgeschlossen lebt und denkt. Er führt ein sehr intensives politisches, gesellschaftliches, künstlerisches Leben, er beschäftigt sich mit allen Gebieten des Lebens. Schriftsteller sind Mitglieder in staatlichen und Parteigremien, sie sind Abgeordnete, Mitglieder der Bezirkspartei-Komitees, sie sind mit einem Wort in der Öffentlichkeit stehende Menschen.

Der Schriftsteller bei uns ist wie ein Seismograph, er kennt den Puls der Gesellschaft ganz genau, spürt alle ihre Erschütterungen. Dadurch, daß er so intensiv arbeitet, daß er genau das Denken und Fühlen der Menschen kennt, weiß er auch, welche Literatur, welches Werk unsere Menschen haben wollen. Außerdem lassen ihn auch die Leser nicht allein, sie schicken ihm Briefe, fordern ihn auf: Komm, gib uns deine Werke. Diese enge Bindung

stellt natürlich einen bestimmten gesellschaftlichen Druck auf den Schriftsteller dar. Es gibt übrigens ständige unmittelbare Beziehungen zwischen dem Schriftsteller und seinen Lesern, vor allem in der Form von Diskussionszirkeln. Dabei wird dann nicht nur über Werke gesprochen, die schon erschienen sind, sondern auch über solche, an denen der Autor noch arbeitet oder auch über die Pläne für neue Bücher. Unser Ziel ist es ja, das tägliche Leben nicht nur einfach abzuschildern, sondern auch die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft aufzuzeigen. Daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, daß der Schriftsteller mit der Wirklichkeit unseres Landes und den Menschen, die sie gestalten, aufs engste verbunden ist.

Um das zu gewährleisten, haben wir auch unsere besonderen Arbeitsmethoden, außer denen, die ich schon erwähnt habe. Jakov Xoxa zum Beispiel hat den Roman eines Dorfes in der Myseque, „Der weiße Wind“, geschrieben. Er hat dafür seine Wohnung verlassen und ist für drei Jahre in dieses Dorf gezogen. Viele andere Schriftsteller machen es ähnlich; sie gehen in die Dörfer, in die Fabriken, auf die Baustellen und leben zusammen mit den Menschen, über die sie schreiben.

RM: Wenn nun ein solcher Roman fertiggestellt ist, wer entscheidet dann darüber, ob er gedruckt wird oder nicht?

Dritero Agolli: Der Roman geht an den Verlag und wird dort von zwei Lektoren geprüft. Wenn es zwischen ihnen und dem Autor Widersprüche gibt, ich meine Widersprüche inhaltlicher Art, dann wird ein Gremium gebildet aus dem Verlagskollegium und Mitgliedern des Schriftstellerverbandes, und dieses Gremium entscheidet dann über die Veröffentlichung. Natürlich ist aber der Roman dann, wenn er in den Buchläden ausliegt, immer noch nicht endgültig fertig. Nach der Veröffentlichung werden nämlich Massendiskussionen organisiert, die eine große Menge von Kritiken und Anregungen ergeben. Das ist sehr wichtig. Denn zum einen kann das für eine Umarbeitung anlässlich einer Neuauflage genutzt werden, und zum anderen sind diese Massendiskussionen allgemein für die weitere Arbeit des Schriftstellers von Bedeutung.

„Wir machen keinen Unterschied zwischen Laien und Professionellen: Was gut ist, wird gedruckt“

RM: Was sind das für Autoren, die in Albanien Romane veröffentlicht, sind sie ausschließlich professionelle Schriftsteller oder auch Amateure? Und wie ist überhaupt das Verhältnis des Verbands zu den Laienkünstlern?

Dritero Agolli: Wir haben in unserem Verband durchaus nicht nur Berufskünstler. Sie sind sogar in der Minderheit. Um Mitglied zu werden, müssen allerdings neben den politisch-moralischen Voraussetzungen bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Ein Schriftsteller etwa muß mindestens ein Buch veröffentlicht, ein Maler an mehreren Ausstellungen teilgenommen haben usw. Der Verband unterstützt solche nebenberuflichen Künstler auch

materiell. Ein Schriftsteller zum Beispiel kann von seiner Arbeit bis zu neun Monaten freigestellt werden, den Lohn zahlt dann der Verband weiter.

Es gibt jedoch auch über die Mitglieder des Verbands hinaus sehr viele literarische und künstlerische Kreise in den Betrieben, in den Dörfern und Schulen. Diese Kreise stehen ebenfalls mit uns in Verbindung und zwar in der Form, daß Mitglieder des Verbands Patenschaften für solche Kreise übernehmen, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und dem Jugendverband, um diese Laienkünstler zu unterstützen und sie in jeder möglichen Form zu fördern.

Gerade jetzt haben wir zum Beispiel eine Gemälde-Ausstellung organisiert. Für die Auswahl der Bilder wurde überhaupt kein Unterschied zwischen Laien und Professionellen gemacht. Ähnlich ist es auch in der Literatur: Was gut ist, wird sofort veröffentlicht. Es gibt bei uns sehr viele hervorragende Volksdichter, die Rhapsoden zum Beispiel, die auf alle Ereignisse im Leben unseres Landes sofort mit ihren Gedichten reagieren. Wir haben schon viele Sammlungen mit Texten der Rhapsoden veröffentlicht, und auch hier gibt es, wie überall, ein Patenschafts-System. Alles in allem gibt es in unserem Land über 5000 Laienkünstler, die auf den verschiedensten Gebieten tätig sind.

„Genosse Enver verabscheut alles Banale, Schematische — eine wirklich lebendige und leuchtende Kunst, das ist es, was er von uns verlangt“

RM: Das sozialistische Albanien ist ein Land, in dem es zwischen den revolutionären Kulturschaffenden und der Staatsführung nicht die Konflikte gibt, wie sie für unser Land kennzeichnend sind. Partei, Volksmacht und Kulturschaffende kämpfen für ein gemeinsames Ziel. Wie sind denn die Beziehungen des Schriftstellerverbands zur Partei der Arbeit?

Dritero Agolli: Unsere Verbindung zur Partei ist geradeheraus und direkt. Wir gehen oft ins Sekretariat des Zentralkomitees, um über verschiedene Probleme der Kunst zu sprechen. Vor kurzem zum Beispiel haben wir dort über die schöpferische Arbeit der Jugendlichen gesprochen. Dazu hat auch Genosse Enver gesprochen. Wir haben das große Glück, daß der Genosse Enver sehr gut über die Probleme der Literatur, national wie international, Bescheid weiß. Er ist vor der Befreiung selbst Lehrer gewesen und er hat sich eingehend mit der Kunst, auch vom theoretischen Gesichtspunkt aus, beschäftigt. Genosse Enver ist ein Kunstliebhaber, er fördert die Kunst, aber er verlangt von uns auch Qualität. Er verabscheut alles Banale, Schematische — eine wirklich lebendige und leuchtende Kunst, das ist es, was er von uns verlangt. Die Partei beschäftigt sich direkt und umfassend mit den Problemen unseres Verbands, mit den Problemen der Künstler und der Schriftsteller. Und dank ihrer Hilfe hat sich in unserem Land die Kunst so gut und so schwungvoll entwickelt.

In deutscher Sprache erschienen

Enver Hoxha: „Betrachtungen über China“

Jetzt ist der erste Band des bedeutenden Werks des Genossen Enver Hoxha „Betrachtungen über China“ mit Auszügen aus seinem politischen Tagebuch auch

Mit diesem Werk geben uns die Partei der Arbeit Albaniens und Genosse Enver Hoxha einen tiefen Einblick in ihre stets prinzipienfeste marxistische Haltung, in ihren konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus. Sie liefern eine Fülle von Tatsachen über die Vorgänge in China, über die ständigen Schwankungen in der Politik der KP Chinas, über deren laufende Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und vermitteln ein immer vollständigeres Bild über die durch und durch opportunistische Linie der KP Chinas schon zu dieser Zeit.

Durch seine Fülle von Tatsachen, die gründlichen und ausführlichen Analysen und weitblickenden Schlussfolgerungen ist dieser Band eine sehr wertvolle Ergänzung zu dem vor einigen Monaten erschienenen Werk „Imperialismus und Revolution“. Nach seiner Lektüre lassen sich manche Thesen und Analysen in dem Werk „Imperialismus und Revolution“, vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung des chinesischen Revisionismus, der Rolle Maos und dem antimarxistischen Charakter der „Mao-Tse-tung-Ideen“, noch besser verstehen. Nach „Imperialismus und Revolution“ bedeutet das Buch einen weiteren schweren Schlag zur Entlarvung des modernen Revisionismus.

Das Buch behandelt folgende Hauptkomplexe: den Kampf der Partei der Arbeit Albaniens und aller Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus, vor allem den sowjetischen, und die schwankende und versöhnlerische Haltung der KP Chinas in diesem Kampf; den Prozeß des Erstarkens des Revisionismus in China, die Rolle Maos und der „Mao-Tse-tung-Ideen“ in diesem Prozeß; die genaue Einschätzung der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, die — wie Genosse Enver Hoxha in seinem Werk „Imperialismus und Revolution“ festgelegt hat — „weder eine Revolution, noch groß, noch kulturell und schon gar nicht proletarisch war“. Das Buch zeigt den chinesischen Kurs des Bündnisses mit dem USA-Imperialismus; die feindliche Haltung der chinesischen Führung gegenüber der marxistisch-leninistischen Weltbewegung und gegenüber der Partei der Arbeit Albaniens und dem sozialistischen Albanien.

Das Buch ist nicht nur wegen der vielen Tatsachen und Analysen, wegen seines Charakters als lebendigem Geschichtsbuch, sondern auch vor allem deswegen äußerst interessant, weil man in ihm genau verfolgen kann, wie sich Genosse Enver Hoxha sein Urteil aufgrund des Verlaufs der Ereignisse bildet, weil deutlich wird, wie weitblickend er seine Schlussfolgerungen zieht, die oft eigentlich sehr einfach und naheliegend sind, jedoch stets streng der marxistisch-leninistischen Logik folgen und durch den weiteren Verlauf der Ereignisse bestätigt werden. Scharf analysiert er jede Haltung und Handlung der

chinesischen Führer, jeden zunächst unbedeutend erscheinenden Schritt, jeden Schwenk, alles, was daran merkwürdig ist, auch wenn er sich dabei zunächst nur auf Vermutungen stützen muß. Aus all dem ergibt sich Stück für Stück ein Gesamtbild. Zusammen mit dem immer offensichtlicher werdenden Opportunismus und Revisionismus der chinesischen Führung verfestigt und verallgemeinert Genosse Enver Hoxha so sein Urteil. Von anfänglichen Vorbehalten gegenüber der Politik der KP Chinas gelangt er zu ersten Zweifeln, bis er schließlich zur festen Überzeugung kommt, daß die KP Chinas und die „Mao-Tse-tung-Ideen“ nichts mit dem Marxismus-Leninismus gemein haben.

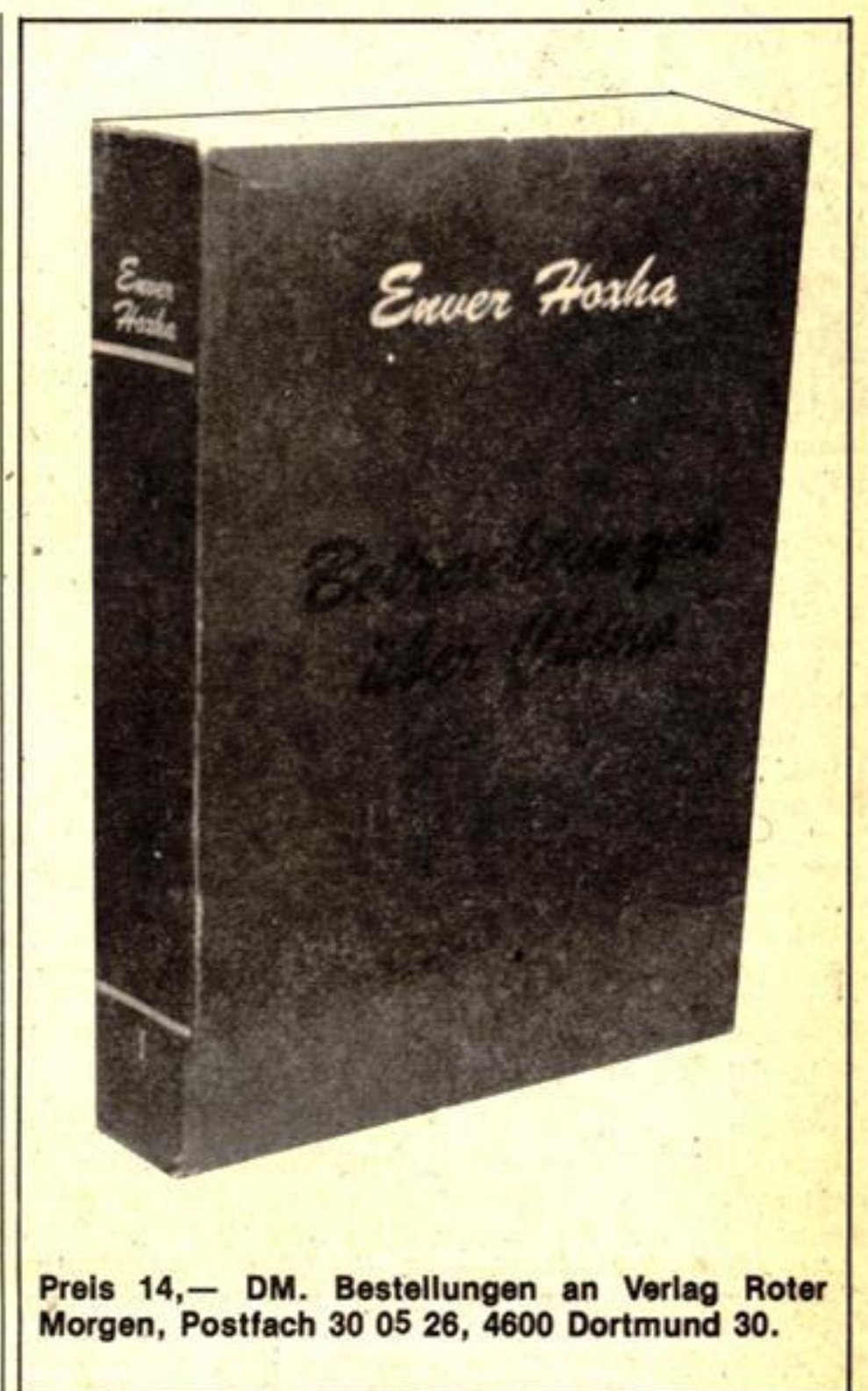
Zugleich kann der Leser verfolgen, wie sich die Partei der Arbeit Albaniens und Genosse Enver Hoxha dauernd bemüht haben, die KP Chinas auf den richtigen Weg zu bringen. In den ersten Jahren gibt Genosse Enver Hoxha immer wieder der Hoffnung Ausdruck, daß die chinesischen Führer ihre Fehler korrigieren werden, er äußert seine Freude, wenn sie — auch wenn es nur selten der Fall ist — einen richtigen Schritt unternehmen. Stets hielt sich die Partei der Arbeit Albaniens strikt an die marxistisch-leninistischen Prinzipien und Normen in den Beziehungen zur KP Chinas und nahm ihr gegenüber eine kameradschaftliche und freundschaftliche Haltung ein. Das hinderte sie aber nicht daran, scharfe und eindeutige Kritik an ihren Fehlern und unmarxistischen Thesen und Handlungen zu üben und diese auch der chinesischen Führung mitzuteilen.

Im Oktober 1964, nach dem Sturz Chruschtschows, als Tschou En-lai gar nicht schnell genug seine Koffer packen konnte, um Breschnew die Hand zu drücken, als die KP Chinas in skandalöser Weise erklärte, mit dem Tod Chruschtschows sei der Chruschtschowismus tot, schrieb Genosse Enver Hoxha in sein Tagebuch äußerst klar und eindeutig:

„Wir werden die revisionistischen Ansichten und Handlungen der Chinesen auf keinen Fall akzeptieren, im Gegenteil, wir müssen sie entlarven und bekämpfen. Die Brücken zu ihnen sind am Einstürzen, doch wir werden bis zuletzt versuchen, mit unserer richtigen Haltung Einfluß auf sie zu nehmen.“

Wir müssen maximale Anstrengungen unternehmen, soweit es die Prinzipien zulassen, nicht offen gegen die KP Chinas aufzutreten, doch indirekt, für eine gewisse Zeit kann es nicht vermieden werden, daß die Spaltung sichtbar wird. Das hat seine schädlichen, aber auch seine guten Seiten. Der gerechte Kampf, den wir bisher gegen die Revisionisten geführt haben, hat vielen Menschen auf der Welt die Augen geöffnet, und sie sind in der Lage, schnell zu verstehen, wer auf dem richtigen Weg ist und wer nicht.

In Deutsch erhältlich. Dieser Band von 800 Seiten umfaßt den Zeitraum 1962 bis 1972. Der zweite Band von 1972 bis 1977 soll bald erscheinen.



Preis 14,— DM. Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Wir müssen auf beiderlei Weise verfahren: den Chinesen offen zu allem unsere Meinung sagen, ihnen unsere Nichtübereinstimmung in allen Punkten, in denen wir anderer Meinung sind als sie, klar offenlegen, während wir in der Presse offen und öffentlich zu jedem Problem Stellung beziehen, ohne die Chinesen zu erwähnen und ohne Rücksicht darauf, ob man nun verstehen wird, daß gegen die chinesischen Ansichten und Haltungen Stellung bezogen wird. Das ist der einzig richtige, marxistisch-leninistische Weg. Dort, wo sich die Ansichten über einige Handlungen decken, werden wir einverstanden sein, dort, wo wir nicht einer Meinung sind, werden wir niemals einverstanden sein.“

Und bereits damals faßt Genosse Enver Hoxha ins Auge: „Falls es so weit kommt, daß die Beziehungen abgebrochen und unsere Differenzen vor aller Augen enthüllt werden, dann sollen das die Chinesen tun, dann sollen sie sich, wenn sie wollen, auch des Chruschtschowschen Arsenal bedienen. Dann werden wir mit großem Geschütz auffahren.“

Und so, wie damals von Genossen Enver Hoxha vorausgesehen, kam es. Der Revisionismus erstarkte in China mehr und mehr, die chinesische revisionistische Führungselite um Hua und Deng ging noch weiter auf dem Weg des Verrats und übte auf ihre Weise Vergeltung an der prinzipienfesten Kritik der Partei der Arbeit Albaniens: Sie brach im letzten Jahr willkürlich und einseitig alle militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Albanien ab, das sie jahrelang

scheinheilig als ihren engsten Freund bezeichnet hatte. Offen arbeiten die chinesischen Revisionisten heute mit dem Imperialismus, vor allem dem USA-Imperialismus, gegen die Revolution und den Sozialismus zusammen, betreiben selbst eine aggressive, sozialimperialistische Politik und unternehmen alles, um China in eine sozialimperialistische Supermacht zu verwandeln.

Wie es so weit kommen konnte, welcher Zusammenhang zwischen der heutigen konterrevolutionären Politik Pekings und seinen früheren opportunistischen Schwankungen besteht, darüber gibt das neue Werk des Genossen Enver Hoxha genauestens Aufschluß. Es dient der marxistisch-leninistischen Erziehung der Kommunisten und Revolutionäre, der Schärfung ihres politischen Blicks. Es ist eine scharfe Waffe in ihren Händen im unversöhnlichen Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Bourgeoisie und Reaktion sowie ihre Agenturen, die Revisionisten aller Schattierungen. Es lehrt uns, wie lebenswichtig die ständige Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen alle Abweichungen ist, daß man nur durch unbedingte Treue zum Marxismus-Leninismus zu richtigen Schlussfolgerungen gelangen kann. Es zeigt uns, welche hohe Wachsamkeit erforderlich ist, um Abweichungen und Fehler zu erkennen.

Wie das Werk „Imperialismus und Revolution“, gehört auch dieses äußerst bedeutsame Buch in die Hand jedes Revolutionärs und Kommunisten und sollte von ihm gründlich studiert werden.

Vor 35 Jahren wurden A. Saefkow,
F. Jacob und B. Bästlein hingerichtet

„... für das Reich die allerschwersten Gefahren heraufbeschworen ...“

Kommunistischer Widerstand 1943/44 in Deutschland

Vor 35 Jahren, am 18. September 1944, wurden die deutschen Kommunisten Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet. Saefkow, Jacob und Bästlein waren als Mitglieder der operativen Leitung der KPD in Deutschland führende Männer des deutschen Widerstands gegen die Nazi-Diktatur. Unter ihrer Mitwirkung erreichte die antifaschistische Widerstandsbewegung in Deutschland ihre größte Breite und Wirksamkeit während des Krieges.

Die bewährten kommunistischen Funktionäre Franz Jacob und Anton Saefkow hatten im Herbst 1942 die Leitung der Berliner Parteiorganisation übernommen. Sie stellten die abgerissenen Verbindungen zu den Betrieben wieder her und bildeten in den Rüstungswerken zahlreiche neue Widerstandsgruppen. Sie nahmen auch Verbindung zu leitenden Funktionären der KPD in Hamburg, Jena, Leipzig, Magdeburg und in anderen Orten auf und tauschten Informationen und illegale Materialien mit ihnen aus.

Die Tätigkeit Saefkows und Jacobs wurde eine wichtige Grundlage für die Bildung der operativen Leitung der KPD in Deutschland im Herbst 1943. Der Leitung gehörten — neben Saefkow und Jacob — auch Theodor Neubauer, Georg Schumann, Martin Schwantes und — nach seiner Flucht aus dem Gefängnis — Bernhard Bästlein an.

Die operative Leitung der KPD in Deutschland arbeitete entsprechend den Beschlüssen und der Politik des Nationalkomitees Freies Deutschland. Als Ergebnis gemeinsamer Arbeit und Diskussion veröffentlichte sie Schriften wie „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee“, „Freies Deutschland“. Dieses Dokument vermittelte den Kommunisten und Antifaschisten in Deutschland die politische Linie der KPD im Kampf gegen

den Hitler-Faschismus. Es orientierte sie auf die Einheitsfront mit allen antifaschistischen Kräften und auf die Errichtung eines neuen, antifaschistisch-demokratischen Deutschlands. An der Ausarbeitung des Dokuments wurden mittels geheimer Verbindungen auch führende, im KZ Sachsenhausen inhaftierte KPD-Genossen wie Ernst Schneller beteiligt.

Die operative Leitung erfasste allein ihrem Zentrum, in Berlin, 72 illegale Gruppen in Rüstungsbetrieben und 40 weitere Widerstandsgruppen. In mehr als 30 Orten Brandenburgs, in 18 Orten Sachsens und Sachsen-Anhalts und in 37 Orten Thüringens verfügte sie über feste illegale Stützpunkte. Darüber hinaus hatte die Leitung Verbindungen zu Partei- und Widerstandsorganisationen in mehr als 26 Orten des Rhein-Ruhr-Gebiets und der südlichen und östlichen Bezirke Deutschlands. Im April 1944 beriet Anton Saefkow mit Antifaschisten in Dresden über die Vorbereitung von Maßnahmen zur Befreiung Ernst Thälmanns aus dem Zuchthaus Bautzen — ein Unternehmen, das leider nicht zustandekam.

Die Berliner Gruppe besaß einen besonderen Apparat für die Beschaffung von Nachrichten, Waffen, Ausweisen usw. Die finanziellen Mittel für diese umfangreiche Arbeit wurden durch Sammlungen in den Betrieben aufgebracht. Die unmittelbare Arbeit der Gruppe mit den Massen war sehr vielseitig. Sie reichte von der Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung und der Organisation von Sabotageakten in den Rüstungsbetrieben und im Transportwesen bis zu Vorbereitungen auf den bewaffneten Sturz der Hitler-Herrschaft. Zur Arbeit mit den deutschen Soldaten wurden besondere Gruppen gebildet, die mit Urlaubern über die Unterstützung des antifaschistischen Kampfes diskutierten, Adressen von Soldaten sammelten und ihnen Agitationsmaterial

schickten. Es gelang sogar, zu antifaschistischen Angestellten im Oberkommando der Wehrmacht Verbindungen herzustellen, durch die die Gruppe wichtiges Informationsmaterial erhielt. Große Beachtung schenkten die Genossen der Gruppe der Arbeit mit den nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Es gelang ihnen in zunehmendem Maße, Solidaritätsaktionen zu organisieren und die deutschen Arbeiter zu einem kameradschaftlichen Verhalten zu ausländischen Klassen Genossen zu gewinnen.

Kontakte knüpfte die operative Leitung auch zu patriotischen Kräften der bürgerlichen und militärischen Opposition gegen Hitler. Seit dem Frühjahr

1944 standen Anton Saefkow und seine Genossen mit den sozialdemokratischen Funktionären Prof. Dr. Adolf Reichwein und Dr. Julius Leber in Verbindung. Am 22. Juni 1944 kam es zu einer Zusammenkunft zwischen Saefkow, Jacob, Reichwein und Leber. Reichwein und Leber verhandelten mit Wissen und Billigung des patriotischen Widerstandskämpfers Graf Schenk von Stauffenberg. Zu einer Zusammenarbeit kam es jedoch nicht mehr. Auf dem Weg zu einer neuen Zusammenkunft wurden Anton Saefkow, Franz Jacob und Adolf Reichwein am 4. Juli 1944 verhaftet.

Bernhard Bästlein war bereits am 30. Mai 1944 in die Hände der Gestapo gefallen. Er hielt den barbarischen Mißhandlungen stand ohne etwas preiszugeben. Im September machten die Nazis Bästlein, Jacob und Saefkow den Prozeß und verurteilten sie zum Tode. In der faschistischen „Urteilsbegründung“ heißt es: „Saefkow, Jacob und Bästlein sind alte kommunistische Funktionäre, die von einem abgründigen Haß gegen unseren Führer und seinen Staat erfüllt sind und daraus selbst in der Hauptverhandlung keinen Hehl gemacht haben. Sie sind unbelehrbar und unverbesser-

lich. Die wegen Vorbereitung zum Hochverrat von ihnen verübten Strafen haben ebensowenig Eindruck bei ihnen hinterlassen wie ihr nachfolgendes Verweilen im Konzentrationslager. Sie haben vornehmlich im fünften Kriegsjahr die KPD in einem derartigen Umfange wieder aufgegriffen und die Wehrmacht zu zersetzen versucht, daß hier für das Reich die allerschwersten Gefahren heraufbeschworen wurden.“

Die Arbeit der operativen Leitung der KPD in Deutschland, der Kampf der Genossen Saefkow, Jacob und Bästlein ist ein Ergebnis des andauernden kommunistischen Widerstands im Dritten Reich. Er dokumentiert eindrucksvoll, daß sich die deutsche Arbeiterklasse und die deutschen Werktätigen nie mit der Hitler-Herrschaft abgefunden und sie durchgehend bekämpft haben. Dieser Widerstand ist und bleibt eine geschichtliche Tatsache — trotz aller Versuche der westdeutschen Politiker und Geschichtsschreiber, ihn totzuschweigen, zu diffamieren und zu leugnen. Der antifaschistische Kampf des deutschen Volkes läßt sich letzten Endes nicht auf die Verschwörungen einiger Wehrmachtsoffiziere zu rechtverkleinern.



Anton Saefkow

Geboren am 22. Juli 1903 in Berlin. Lernte Maschinenbau. Wurde 1924 Mitglied der KPD. Funktionär zunächst beim KJVD, dann bei der KPD. Zuletzt Organisationssekretär der Bezirksleitung Wasserwerke der KPD. Verhaftung im April 1933. Haft im Zuchthaus und in den KZs Fuhlsbüttel und Dachau. (Als Anton Saefkow im November 1936 vor den politischen Häftlingen im Lager Dachau Worte des Gedankens für seinen ermordeten Freund Edgar André sprach, wurde er zu weiteren zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt). Nach der Entlassung 1939 Arbeit im Berliner Widerstand. Mitglied der operativen Leitung der KPD in Deutschland. Verhaftung am 4. Juli 1944. Ermordet am 18. September 1944 zusammen mit Franz Jacob und Bernhard Bästlein.



Bernhard Bästlein

Geboren am 3. Dezember 1894 in Hamburg. Lernte Feinmechaniker. Wurde 1918 in einen Soldatenrat gewählt. 1920 Beitritt zur KPD. Nach Teilnahme an bewaffneten Kämpfen 1921 im Mansfelder Revier Exil in der Sowjetunion. 1923 Rückkehr nach Deutschland. Arbeit als kommunistischer Redakteur und Funktionär. Landtags- und Reichstagsabgeordneter. Verhaftung im Mai 1933. Haft im Zuchthaus Siegburg und in den KZs Esterwegen und Sachsenhausen. Nach der Entlassung 1940 illegale Arbeit. 1942 erneut verhaftet. Im Januar 1944 Flucht aus dem Zuchthaus Berlin-Plötzensee während eines Luftangriffs. Mitglied der operativen Leitung der KPD in Deutschland. Verhaftung am 30. Mai 1944. Ermordet am 18. September zusammen mit Anton Saefkow und Franz Jacob.



Franz Jacob

Geboren am 9. August in Hamburg. Lernte Maschinenbau. Trat 1925 dem KJVD und der KPD bei. 1928 Organisationssekretär des Bezirks Wasserwerke des KJVD, Mitglied der Bezirksleitung Wasserwerke der KPD. Vertreter der KPD in der Hamburger Bürgerschaft. Nach Hitlers Machtergreifung Leitung des antifaschistischen Widerstandskampfs im Bezirk Nord-West. Im August 1933 Verhaftung. Haft im Zuchthaus Bremen-Oslebshausen und im KZ Sachsenhausen. Ab 1940 Leitung des illegalen Widerstandskampfs im Bezirk Wasserwerke und ab 1942 in Berlin. Mitglied der operativen Leitung der KPD in Deutschland. Verhaftung am 4. Juli 1944. Ermordet am 18. September 1944 zusammen mit Anton Saefkow und Bernhard Bästlein.



Samstag, 29. September, 19.30 Uhr, ZDF

Die Entlassung der Mechanikerin Ulrike Seibert („Direkt“). Ulrike Seibert wurde trotz bester Zeugnisse und einer guten Beurteilung am letzten Tag ihrer Probezeit überraschend gekündigt. Begründung: Die Arbeit als Mechanikerin sei für ein Mädchen zu schwer. Was wirklich hinter dieser Entlassung steckt, untersucht „Direkt“ in dieser Sendung.

+++

Sonntag, 30. September, 20.15 Uhr, NDR III

Fall aus dem Rahmen. Film über das Schrott-„Terminal“ von Serra, das mittlerweile in Bochum steht. Die Reportage von Viktoria von Flemming beobachtet Herstellung und Transport des „Werkes“ — und die Reaktion der Bürger darauf.

+++

Montag, 1. Oktober, 21.15 Uhr, ARD

Waffen, Geld und große Worte. Bericht von Heiko Engelkes über Frankreichs Afrikapolitik. Der Bericht ist sicher nicht zuletzt wegen der jüngsten Ereignisse in Zentralafrika interessant.

+++

Dienstag, 2. Oktober, 17.00 Uhr, ARD

Die Indianer Untertitel: Wo sie herkommen, wie sie lebten und was heute mit ihnen ist. Erste Folge eines zweiteiligen Dokumentarfilms.

+++

Dienstag, 2. Oktober, 20.15 Uhr, West III

Arbeitsgericht Köln. Frau K. hat einen Prozeß um ihre Kündigung gewonnen, darf aber erst an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, wenn die nächsten Instanzen das Urteil bestätigen haben. Und das kann Jahre dauern. — Einer der 10000 Fälle, die jährlich vor dem Arbeitsgericht Köln verhandelt werden.

+++

Mittwoch, 3. Oktober, 16.15 Uhr, ARD

Sterne, die vorüberzogen: Karl Valentin. Der Film bringt unter anderem Szenen mit dem berühmten Volksschauspieler.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich ☐ halbjährlich
DM 60,— DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Walle Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30-18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10-14 Uhr.
7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klarheit“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.
2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
2400 LÜBECK, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickedestraße 19, Tel.: 0451 / 47 38 70.
6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Partei“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 3-13 Uhr.
8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr, 8 u. Sa 10-13 Uhr.